

8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Wir sind jetzt am Ende der öffentlichen Tagesordnung, inklusive dem Nachtrag, und kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen. Ich darf Sie bitte, alle zur Hand zu nehmen. Vielleicht nur zur Information für jene, die neu im Gemeinderat sind, alle Anfragen und Anträge werden ja immer von den Klubobleuten an die Schriftleitung direkt abgegeben und selbstverständlich erhalten Sie innerhalb der jeweiligen Frist sowohl zu den Anfragen, die an mich gerichtet sind, als auch bei den Anträgen dann von den jeweiligen Ämtern eine Beantwortung. Der erste Dringlichkeitsantrag kommt von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, Kinderbetreuung muss uns etwas wert sein, eingebracht von Frau Gemeinderätin Kreiner.

8.1 Kinderbetreuung muss uns etwas wert sein (GRⁱⁿ Marion Kreiner, ÖVP)

GRⁱⁿ **Kreiner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuseher. Ich darf den dringlichen Antrag, Kinderbetreuung muss uns etwas wert sein, einbringen. Graz ist ja in der glücklichen Lage, ausreichend Kinderbetreuungsplätze zu haben. Nicht zuletzt aufgrund des zeitgerechten Ausbaus der Betreuungseinrichtungen in den vergangenen Jahren. Mit einem Versorgungsgrad von 97 % bei den Kindergärten und 37 % bei den Kinderkrippen sind wir österreichweit im Spitzenfeld. In Zahlen haben wir seit 2014 1.500 zusätzliche Betreuungsplätze in Kindergärten und Kinderkrippen schaffen können. Diese positive Entwicklung verschärft jedoch die Lage im Personalbereich. Der Bedarf wird größer, es ist auch immer schwieriger, Personal zu finden, zumal das Grundgehalt auch immer ein Thema ist. Die Abteilung für Bildung und Integration

bemüht sich seit geraumer Zeit gemeinsam mit dem Land, Maßnahmen zu setzen, um dem drohenden Personalmangel entgegenzusteuern, aber die Realität ist, dass diese Maßnahmen alleine nicht reichen werden. Es muss rasch gehandelt werden, um zu vermeiden, dass neue öffentliche und private Träger nicht mehr eröffnen können oder sogar Einrichtungen schließen müssen. Wir hätten die Möglichkeit, rasch ein sichtbares Zeichen und einen Meilenstein zu setzen und das Grundgehalt zu erhöhen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern würde mehr Wertschätzung entgegengebracht werden und gleichzeitig der Beruf auch per se attraktiver gemacht. Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des VZÄ – Bruttogehalts der KinderbetreuerInnen, wie der PädagogInnen im Kibibetbereich um jeweils 200 Euro brutto umsetzbar ist.
2. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des VZÄ – Bruttogehalts der Angestellten in der Schulischen Tagesbetreuung um 200 Euro umsetzbar ist.
3. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Erhöhung der entsprechenden Personalförderung im Tarifsysteem machbar ist, um auch den privaten Trägern die Möglichkeit zu geben, ihr Personal besser zu entlohnen.
4. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, die Ergebnisse seiner Prüfung bis spätestens März 2022 dem Gemeinderat vorzulegen.

5. Die Abteilung für Bildung und Integration wird beauftragt zu prüfen, wie langfristig eine Reduktion der Kinderhöchstzahl pro Gruppe erreicht werden kann, ohne dabei einen erheblichen Verlust an Betreuungsplätzen zu erleiden.

Ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Stadt Graz hat sich im Kinderbetreuungsbereich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. Trotz stark steigender Kinderzahlen ist es gelungen, den Versorgungsgrad nicht nur zu halten, sondern tatsächlich zu verbessern. Verantwortlich dafür waren massive Anstrengungen und Investitionen in den Ausbau. Insgesamt konnten seit 2014 rund 1.500 zusätzliche Betreuungsplätze im Kindergarten und in den Kinderkrippen geschaffen werden. Versorgungsgrade von 97% im Kindergarten und 37% in der Krippe sind österreichweit im Spitzenfeld und für die Steiermark ohnehin ohne Vergleich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher nicht nur Forderung, sondern bereits gelebte Praxis in der steirischen Landeshauptstadt.

Diese positive Entwicklung im Ausbau von Plätzen auf der einen Seite verschärft auf der anderen Seite aber auch die Probleme im Personalbereich. Von Jahr zu Jahr wird es schwieriger, ausreichend Personal für die Kinderbetreuung zu finden. Die Abteilung für Bildung und Integration bemüht sich daher schon seit geraumer Zeit gemeinsam mit dem Land gegenzusteuern (Kolleg KPH, Unilehrgänge, Dispensen). Es ist aber Realität, dass diese Maßnahmen allein nicht ausreichen und sich der Personalmangel weiter verschärft. Es gilt: Wenn nicht rasch gehandelt wird, werden öffentliche wie private Träger in Graz mögliche neue Einrichtungen nicht mehr eröffnen können oder sogar gezwungen sein, Einrichtungen zu schließen.

Aus diesem Grund schlagen wir ein Bündel an Maßnahmen vor, die kurz- und mittelfristig zu einer Entspannung der bestehenden Situation führen und damit garantieren, dass wir das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch weiterhin für die Grazer Eltern sicherstellen können.

Viele dieser Maßnahmen können nur mit Unterstützung des Landes umgesetzt werden, (Ausbildungsplätze, Erhöhung Arbeitszeit im Kinderdienst, Ausweitung Berufsgruppe Dispensen u.v.m). Diesbezüglich gibt es bereits intensive Gespräche mit allen Stakeholdern.

Ein wichtiger Schritt um vermehrt junge Menschen zu motivieren, ist jedoch das Grundgehalt der KinderbetreuerInnen und PädagogInnen. Hier hätte die Stadt Graz die Möglichkeit ohne Unterstützung des Landes rasch ein sichtbares Zeichen und einen Meilenstein zu setzen, der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Wertschätzung entgegenbringt und gleichzeitig den Beruf per se attraktiver macht.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des VZÄ – Bruttogehalts der KinderbetreuerInnen, wie der PädagogInnen im Kibibetbereich um jeweils 200 Euro brutto umsetzbar ist.*
- 2. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob und bis wann eine monatliche Erhöhung des VZÄ – Bruttogehalts der Angestellten in der Schulischen Tagesbetreuung um 200 Euro umsetzbar ist.*
- 3. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Erhöhung der entsprechenden Personalförderung im Tarifsysteem machbar ist, um auch den privaten Trägern die Möglichkeit zu geben, ihr Personal besser zu entlohnen.*
- 4. Finanz- und Personalstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, die Ergebnisse seiner Prüfung bis spätestens März 2022 dem Gemeinderat vorzulegen.*

5. *Die Abteilung für Bildung und Integration wird beauftragt, zu prüfen, wie langfristig eine Reduktion der Kinderhöchstzahl pro Gruppe erreicht werden kann, ohne dabei einen erheblichen Verlust an Betreuungsplätzen zu erleiden.*

GRⁱⁿ Slama:

Ich kann das Ganze einmal damit beginnen für die Leute, die mich nicht besser kennen hier. Ich bin selbst gelernte Elementarpädagogin. Ich habe meine Erfahrung im Arbeitsalltag der Elementarpädagogik gemacht und ich bin unglaublich froh, dass dieses Thema eingebracht wurde. Die Dringlichkeit ist unbestreitbar. Hier besteht seit Jahren Handlungsbedarf, und das auf sehr vielen Ebenen. Wir haben einen ganz akuten Fachkräftemangel in Graz sowie in ganz Österreich. Das pädagogische Personal stößt an die Belastungsgrenzen, und das ist durch die Pandemie noch viel schlimmer. Es ist wirklich derzeit unsere letzte Chance, hier Veränderungen anzuleiten, bevor wir vor verschlossenen Kindergärten stehen. Aber das Problem ist sehr viel größer als die geringen Löhne. Für alle, die nicht wissen, wie es ist, Elementarpädagogin zu sein für einen Tag. Man ist zeitweise komplett alleine verantwortlich für 25 Kleinkinder, die alle individuelle Wünsche und Bedürfnisse haben, auf die eingegangen werden muss. Nebenher soll man auch Entwicklungs- und Bildungsberichte schreiben, Förderpotentiale erkennen, Elterngespräche führen, Bildungssportangebote zur Verfügung stellen. Sobald man nach Hause kommt, muss man die für den nächsten Tag vorbereiten und währenddessen bekommt man vom Umfeld und von der Gesellschaft zu hören, man ist hier die Tante und man spielt nur mit den Kindern. Während der Pandemie ist das alles noch ein bisschen schlimmer geworden, weil dazu sind noch 10.000 Verordnungen gekommen, die praktisch teilweise gar nicht umsetzbar sind. Also die geringe Bezahlung ist hier wirklich noch das Tüpfelchen auf dem i von einer wirklich schwierigen Arbeitsstruktur. Alle Freunde und Bekannten, die ich habe, die im Kindergarten tätig sind, sind frustriert und überfordert. Viele überlegen konstant, den Beruf zu wechseln, und die meisten BAfEP-Absolventinnen und -Absolventen beginnen

gar nicht erst im Kindergarten, weil ihnen durch die ganze Praxiserfahrung bewusst ist, wie es um die Arbeitsverhältnisse steht. Aber genau das ist es. Auch wenn die Bezahlung definitiv verbessert werden muss, darüber müssen wir, glaube ich, gar nicht diskutieren, wird eine 200-Euro-Brutto-Erhöhung kaum jemand in dem Beruf halten, geschweige denn Absolventinnen und Absolventen in die Kindergärten bringen. Sie helfen nicht dagegen, täglich zu Tode erschöpft nach Hause zu kommen, sie helfen auch nicht, wenn sich die Person zuhause kaum noch um die eigenen Kinder kümmern kann, kurz, sie helfen nicht dagegen, dass Menschen aus Selbstschutz aus diesem Beruf ausscheiden müssen. Die Arbeitsverhältnisse müssen grundsätzlich verbessert werden, die Gruppengröße, das Anstellungsverhältnis, die gesellschaftliche Anerkennung, und ja, natürlich auch die Bezahlung. Aber wir sollten hier nicht nur ein Pflaster auf eine Wunde kleben, die danach weiterblutet, wir müssen hier großräumige Veränderung schaffen, und das geht ein bisschen weiter als dieser Antrag. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ DJⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Heute, finde ich, ist ein guter Tag. Ein guter Tag für die Sozialdemokratie, für mich als Sozialdemokratin, aber auch ein sehr guter Tag für mich als Mutter. Wieso, werden sich jetzt sicher einige fragen? Na, weil heute aufs Tableau kommt, was die Sozialdemokratie schon lange fordert und als Ansatz hat, und jetzt anscheinend auch der politische Mitbewerb aufgegriffen hat, und vor allem, weil die katastrophalen Rahmenbedingungen in unserer Kinderbetreuung, in unseren Kinderbildungseinrichtungen endlich als dringlich angesehen werden. Ich muss zugeben, ein wenig bringt es mich dann doch zum Schmunzeln, man hätte eigentlich die letzten 10 Jahren auch schon Zeit gehabt, sich dem Thema zu widmen.

Anscheinend hat die politische Neuausrichtung generell ein bisschen Schwung in Graz gebracht, sei es drum, was der Auslöser war, ist doch eigentlich egal, inhaltlich, glaube ich, sind wir uns aber alle einig. Und ich kann mich jetzt hier auch nur an meine Vorrednerin anschließen, also die immer dünner werdende Personaldecke in unseren

Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen ist seit Jahren besorgniserregend. Auf der einen Seite steigt der Bedarf an Plätzen, aber auf der anderen Seite sinkt immer weiter die Bereitschaft von jungen Menschen, sich nach ihrer Ausbildung zur Elementarpädagogin, zum Elementarpädagogen, sich auch wirklich für den Beruf zu entscheiden und langfristig dort drinnen zu bleiben. Und wie wir schon gehört haben, die Bezahlung alleine ist nicht ausschlaggebend, den Beruf nicht anzugehen. Und wenn man dann in andere Bundesländer schaut, die schon Erfahrung damit gemacht haben, die wissen, was es bedeutet, wenn man auch die Einstiegsgehälter deutlich anhebt, dann sieht man, wie kurzfristig die Wirkung ist, dann sieht man, dass das nicht nachhaltig ist. Und auch die Elementarpädagoginnen und -pädagogen selbst bestätigen es, dass in erster Linie die, nennen wir es jetzt einmal recht fraglichen, Rahmenbedingungen in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wohl der abschreckendste Teil an diesem Beruf sind. Und wenn sich dann Gott sei Dank und dankenswerterweise doch immer wieder einige dazu entscheiden, in diesen Beruf zu gehen, kommen die dann halt relativ schnell, wie wir schon gehört haben, am Alltag an. Und statt sich mit den Kindern zu beschäftigen, mit ihnen zu arbeiten, sie zu fördern, mit ihnen gemeinsam spielerisch Sachen zu erlernen und ihnen auch das Umfeld zu bieten, das sie brauchen würden, um sich bestmöglichst zu entwickeln, kämpfen sie mit administrativen und organisatorischen Tätigkeiten, haben fragwürdige Gruppengrößen zu bewältigen und können darüber hinaus nicht ihre Zeit denen widmen, denen sie eigentlich gewidmet werden sollte, nämlich unseren Kindern. Wozu das führt, haben wir schon gehört, zu Erschöpfung, zu Frustration und letztendlich dazu, dass viele diesen Beruf nicht langfristig ausüben möchten, ja manche es auch gar nicht langfristig können. Deshalb braucht es eine Lösung, die weiter geht, eine Lösung, die nicht nur einen Teilaspekt des Problems in Angriff nimmt, und dieser Teilaspekt berücksichtigt ja nicht einmal die Vertragskindergärten, weil die würden von dieser Lösung nicht profitieren, aber dort entsteht ja die gleiche Realität, die haben ja die gleichen Probleme. Es müssen also viel mehr Aspekte berücksichtigt werden, und will man wirklich die Rahmenbedingungen nachhaltig verändern und die bestmögliche Kinderbetreuung in Graz verwirklichen, muss man größer denken. Somit, und da

stimmen wir, glaube ich, überein, werden wir der Dringlichkeit auf jeden Fall zustimmen, weil das Thema ist dringlich, schon seit Jahren, jedoch werden wir als SPÖ gemeinsam mit den Gemeinderatsfraktionen KPÖ und den Grünen einen Abänderungsantrag einbringen, denn die alleinige Gehaltserhöhung reicht nicht, es braucht endlich bessere Rahmenbedingungen für unsere Pädagoginnen und Pädagogen, damit die endlich wieder die Möglichkeit haben, die Zeit jenen zu widmen, denen sie eigentlich gewidmet gehört, nämlich unseren Liebsten, unseren Kindern. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön. Ich versuche fair zu sein, aber bitte ein bisschen auf die Zeit schauen, wenn ich anmerken darf. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Vielleicht nur noch einmal für jene, die neu sind, zur Dringlichkeit kann immer nur eine Person, ein Gemeinderat oder eine Gemeinderätin pro Fraktion sprechen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Wir reden hier darüber, dass sich im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich ein akuter Personalmangel abzeichnet bzw. schon Realität ist, und wir reden hier über Rahmenbedingungen, die zu diesem Personalmangel geführt haben bzw. diesen weiterhin zuspitzen werden, wenn wir nicht reagieren und die notwendigen Stellschrauben einwirken. Wenn wir beispielsweise die Faktoren der Arbeitszufriedenheit an einen Arbeitsplatz heranziehen würden und grob unterscheiden zwischen Motivatoren wie Verantwortung, Arbeitsinhalt, Erfolgsanerkennung, Wachstumsmöglichkeiten und Entfaltungsfreiheiten und den sogenannten Hygienefaktoren an einem Arbeitsplatz,

wie das Image meines Arbeitsfeldes, meines Berufsfeldes, die Arbeitsverhältnisse, die Anstellungsverhältnisse, der Führungsstil, unter dem ich und mit dem ich arbeite, die Arbeitsplatzsicherheit und nicht zuletzt die Bezahlung, dann wird schnell klar, dass wir an jedem einzelnen Punkt arbeiten müssen. Wenn die Arbeitszufriedenheit nicht passt, dann gibt es Ausfälle. Das führt natürlich auch zu einem Personalmangel, und ich habe noch nicht über die Anreize geredet, die dazu führen sollen, dass sich mehr Menschen für das Berufsfeld Kinderpädagogik, Kinderbetreuung ausbilden lassen. An der Dringlichkeit Ihres Antrages, liebe Frau Kollegin Kreiner, zweifle ich überhaupt nicht, es ist sehr dringlich. Ich bin aber auch der Meinung, dass das Maßnahmenpaket viel umfassender geschnürt werden und auf jeden Fall alle Beteiligten, Betroffenen und politischen Verantwortlichen mit ins Boot geholt werden sollen, damit eine Analyse des Ist-Zustands und eine gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen durchgeführt werden kann. Daher werden wir als Grüne Fraktion dem Antrag hinsichtlich der Abänderung zustimmen. Vielen Dank (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Danke, für diese breite und wirklich ganz, ganz wichtige Diskussion. Ich habe selbst zwei Kinder, in der Kinderkrippe und auch im Kindergarten, und ich kann das täglich unterstreichen, dass unsere PädagogInnen und BetreuerInnen eine ganz, ganz wichtige und wertvolle Arbeit machen und ich hätte gesagt, sie haben alle einmal einen Applaus verdient (*Appl.*).

Ich möchte ganz kurz das analysieren, und ich glaube, da sind wir uns sehr einig heute im Gemeinderat, dass wir hier drei Herausforderungen haben. Zum einen einmal, dass wir genügend Plätze anbieten können, und da haben wir in den letzten Jahren pro Jahr ca. 10 neue Gruppen dazu aufgenommen, im letzten Herbst sogar über 20 Gruppen, und das Ziel muss sein, dass wir mindestens allen berufstätigen Eltern einen Platz anbieten können. Wir haben seit 2014 1.500 zusätzliche Plätze geschaffen, das ist, glaube ich, ganz gut. Bei den Rahmenbedingungen, das ist der zweite Punkt, ist es, glaube ich, notwendig, dass wir bei der Kinderhöchstzahl in der Gruppe

runterkommen. Nur das, was z.B. jetzt auf Landesebene teilweise seitens der SPÖ vorgeschlagen wird, von 25 auf 20 Kinder runterzukommen, ist natürlich ein hehres Ziel, aber da muss man wissen, da würde man 20 % der Plätze in Graz verlieren, da würden wir ca. 1.600 Kinder nicht mehr betreuen können. Das entspricht einem Aufholbedarf von ungefähr 70 Gruppen, und wir hätten einen Personalmehrbedarf von 160 Pädagoginnen und Pädagogen. Aber natürlich muss man auch da ansetzen, aber man muss schauen, dass wir vielleicht alle zwei Jahre ein Kind weniger in den Gruppen haben, dann kann man das auch wirklich gut kompensieren. Das Personal, da gibt es leider zu wenig. Bei der BAfEP, da gehen ja ca. 60 % der Absolventinnen und Absolventen weiter studieren, das ist ein Grund, und natürlich auch die Bezahlung ist ein anderer Grund. Es gibt nicht zur Gänze 100-prozentige Anstellungen, da schauen wir als Stadt Graz, dass wir all jenen, die eine 100-prozentige Anstellung wollen, auch bereitstellen können. Und bei der Bezahlung gibt es Vorschläge. Das Burgenland hat um 200 Euro mehr bereitgestellt. Also das ist ein Vorschlag, den wir heute im Gemeinderat einbringen, einmal, dass die Finanzdirektion prüft, ob man das umsetzen kann und wie man das umsetzen kann. Und auch, wie wir in der Kinderhöchstzahl Schritt für Schritt runtergehen können, ohne im Versorgungsgrad abzufallen. Und jetzt haben wir den dringlichen Antrag, wo wir uns einig sind, dass diese zwei Punkte wichtig sind, da geht es um eine Prüfung, mehr Geld für die Pädagoginnen und Pädagogen, und wie viele Kinder können wir alle zwei Jahre reduzieren, um trotzdem nicht im Versorgungsgrad zu fallen. Und ihr kommt jetzt mit einem Abänderungsantrag und ihr sagt, man sollte breit prüfen. Da sage ich, dieser breite Prüfungsprozess mit der Personalvertretung, mit dem Land Steiermark, mit den Trägern, findet gerade statt, und ich hätte jetzt an euch einen Vorschlag, weil wir uns eigentlich einig sind, dass wir vom Reden ins Tun kommen sollen und müssen, beschließen wir doch unsere zwei Punkte, und euren Abänderungsantrag wandeln wir um in einen Zusatzantrag, somit können wir einfach schneller diese Schritte setzen. Und ein Argument ist auch noch gekommen, dass diese finanzielle Besserstellung da nur städtische Kindergärten betreffen würde, das stimmt nicht. Wenn man den Antrag durchgelesen hat, Punkt 3, da wird der Herr Finanzstadtrat auch ersucht zu prüfen, wie man das auch über das

Tarifsystem den privaten Trägern bereitstellen könnte. Also das ist auch mitumfasst. Ich meine, ich mache wieder gerne einen Arbeitskreis, aber es verzögert das, dass wir endlich einmal wichtige Handlungsschritte setzen. Meine Bitte ist, beschließen wir unsere zwei Punkte und euren Punkt auch, und dann treffen wir uns im März-Gemeinderat hier wieder (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuschauer im Livestream. Ich bin von den Neos, und von daher ist es natürlich klar, dass ich zum Thema Bildung hier auch noch etwas dazusagen möchte, auch wenn schon meine VorrednerInnen hier sehr vieles erwähnt haben, was ja eigentlich hier auch in meinem Skriptum steht. Ich möchte es trotzdem ein bisschen hier abkürzen, aber dennoch muss ich Ihnen sagen, dass ein paar Punkte hier überhaupt nicht zur Erwähnung kamen. Nachdem also mir Bildung ein wahnsinniges Anliegen ist, habe ich natürlich auch in den letzten Monaten sehr viele Kindergärten besucht und auch Kinderkrippen besucht, weil ich mir ganz einfach ein Bild machen wollte, wie die betroffenen Personen das System einschätzen, welche Rahmenbedingungen sie für gut und für weniger gut halten. Und es ist alles richtig, was bis jetzt gesagt wurde. Natürlich, die Kindergruppen sind viel zu groß und der Betreuungsschlüssel ist eigentlich zu klein. Die KindergärtnerInnen und Experten, die wünschen sich schon seit Jahrzehnten, dass quasi drei Personen in einer Kindergartengruppe für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Bei meinen Befragungen, Herr Hohensinner, ich habe sehr viel Lob gehört über Sie, man hat auch die Stadt Graz als Arbeitgeberin für die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen als sehr attraktiv bezeichnet, ebenso das Online-Vormerksystem, das also eingerichtet wurde, das ja besonders in der Stadt Graz sehr gut funktionieren soll. Es gab aber natürlich die bekannte Kritik, die Kindergruppen sind zu groß, wie gesagt, der Betreuungsschlüssel ist zu klein, aber was hier z.B. überhaupt noch nicht zur Rede kam, ist der Umstand, dass die Anzahl an verhaltenskreativen, so nannte man das im

Fachjargon früher, die verhaltensauffälligen Kinder eben, stark ansteigen und in manchen Gruppen bis zu ein Drittel an Kinder ausmachen. Das macht es natürlich viel schwieriger, die Arbeit so zu erledigen für die PädagogInnen, dass man sagen kann, wir können hier einen pädagogischen Lehrauftrag auch erfüllen. Jahrzehntlang wird also diese Forderung um personelle Aufstockung, quasi ohne dass es maßgebliche Verbesserungen gab, hier gefordert. Was es also zusätzlich noch braucht, wenn wir dieses Thema wirklich für die nächsten fünf Jahre hier anlegen wollen, auch budgetär berücksichtigen wollen, sind noch folgende Dinge: Wie wollen wir bitte den Fachkräftemangel in diesem Bereich beheben? Wie schaffen wir es, das Image des Berufsstandes zu erhöhen? Und ich finde es auch schon, dass die KPÖ oder das Arbeitsprogramm der neuen Koalition das im Arbeitsprogramm für die Pflege quasi fordert und vorhat, auch dringend und notwendig, aber eben nicht für die Imagepflege des Berufsstandes der ElementarpädagogInnen. Was wir noch brauchen, ist mehr Planungssicherheit bei der Vormerkung für die Eltern. Weiters sollten wir das Ziel, die Barcelona-Kriterien 2.02, nicht bloß halten, sondern sie stark erhöhen sollen. Und das letzte und wirklich große Thema: Wie wird es denn irgendwann aussehen mit dem zweiten Gratis-Kindergartenjahr? Wie kann man da mit dem Land in Verbindung treten, um das zur Umsetzung zu bringen? Und somit bin ich schon am Ende. Das waren doch wichtige Punkte, die mir wichtig zu erwähnen waren. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Naghibi:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Zuseher im Livestream, geschätzte Antragstellerin und geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mich nur meinen VorrednerInnen anschließen. Viele, viele Jahre hat die ÖVP es verabsäumt innerhalb einer Grazer Stadtregierung, in der sie sowohl den Stadtratsposten für Bildung als auch das Finanzressort gestellt hat, auf die dringlichen, notwendigen und vor allem fachlich fundierten Forderungen des elementarpädagogischen Personals in einem solchen Ausmaß einzugehen, dass viele der nun entstandenen Mängel und daraus resultierten Schäden zu verhindern gewesen wären. Und auf Landesebene

verabsäumt es ÖVP-Bildungsrätin Juliane Bogner-Strauß, die mittlerweile immer wieder auch als Betreuungsrätin bezeichnet wird, immer noch, ausreichend in Bildungsqualität von Krippen und Kindergartenkindern zu investieren. Kinder haben das Recht auf entwicklungsgemäße Betreuung und Bildung von Anfang an. Daher wird von elementarpädagogischen Berufstätigen in diesem Sinn professionelle, ganzheitliche und qualitätsvolle Bildungsarbeit verlangt. Und auch wir ElementarpädagogInnen, BetreuerInnen, Tagesmütter, Tagesväter sehen das als unsere Aufgabe an. Die Aufgabe von den politisch dafür Verantwortlichen ist es, adäquat, den stetig steigenden Anforderungen entsprechend an das elementarpädagogische Personal, die dann dafür notwendig gewordenen Rahmenbedingungen zu ermöglichen, sodass die Leute auch professionell arbeiten können. Und in den vergangenen Jahren, ja, das stimmt, wurden mehrere Dutzende neue Kinderkrippen und Kindergartengruppen, damit hunderte, also über 1.000 neue Kinderbetreuungsplätze finanziert und das ist im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr, sehr wünschenswert und begrüßenswert, aber es ist nicht genug, denn der Name Betreuungsplatz und Betreuungsstätte, der ist gänzlich von der Wirtschaft, der hat aber mit unserer Bildungsarbeit jetzt alleine nicht unbedingt etwas zu tun. Elementarpädagogisches Personal sieht seinen Dienst an den Kindern und ihren Eltern als familienergänzende Bildungsarbeit und dafür brauchen wir einen Arbeitsplatz, der eine Bildungsstätte ist. Bildungsarbeit ist auch Beziehungsarbeit, und um all unseren Kindern neben Betreuung und Pflege auch qualitativ hochwertige Bildung zu sichern, müssen mehr Ressourcen geschaffen werden. Und neben den Faktoren Zeit und Geld steht eben ganz oben auf der Prioritätenliste die Verbesserung des Kinderpersonalschlüssels. Erste Schritte in diese Richtung wären der verstärkte, häufigere und regelmäßige Einsatz von logopädischem und heil- und sonderpädagogischem Fachpersonal sowie von IZB-Teams in allen elementarpädagogischen Bildungs- und Betreuungsstätten. Es gibt genug ausgebildetes Fachpersonal, wenn mehr von ihnen in einer Gruppe arbeiten würden, wären auch mehr von ihnen wieder bereit, in den Beruf zu gehen. Das ist eine Tatsache. Ich selbst bin Elementarpädagogin, erlebe es jeden Tag, wie meine Kollegin,

und bin mit genug von ihnen im Austausch, auch eine Entlastung der KinderbetreuerInnen im hauswirtschaftlichen Bereich durch externes Hilfspersonal ist schon lange nötig, da auch die Anforderungen an die BetreuerInnen gestiegen sind. Externes Hilfspersonal könnte die Aufgabenbereiche wie Essen, Haushalt, Reinigung, Räumung übernehmen, und Wege, wie das möglich gemacht werden kann, müssen dringend erarbeitet werden und können auch erarbeitet werden ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Ein bisschen auf die Zeit achten.

GRⁱⁿ Naghibi:

... danke, ja, das ist berechtigt, tut mir leid.

In diesem Sinne möchte ich zum Schluss kommen und möchte ich sowohl als Elementarpädagogin als auch als eine der SprecherInnen der Initiative für Elementarpädagogik dem Bildungsstadtrat, und eben nicht dem Betreuungsstadtrat, meine Kooperation und Unterstützung bei der Findung von Problemlösungsstrategien, denn dafür steht Kreativität auch, die sich wesentlich von der Natur eines Wahlzuckerls unterscheiden müssen, anbieten, und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit, die mit dem vorliegenden Abänderungsantrag ermöglicht werden soll. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Ich habe jetzt gerade vorhin mit der Frau Gemeinderätin Wutte geredet und habe wirklich noch einmal den ernsthaften Vorschlag gemacht, dass wir alle Punkte beschließen lassen. Weil wir können jetzt noch einmal ein paar Runden drehen, die wir sowieso jetzt diskutieren mit der Personalvertretung, mit den Trägern, wir können uns auf das reduzieren oder wir können alle Abteilungen jetzt in der Stadt beauftragen, das zu prüfen, wie wir jetzt wirklich Schritte machen. Weil sonst bekommen wieder die

Elementarpädagoginnen und -pädagogen draußen mit, da wird wieder diskutiert, die eine Partei bringt einen Vorschlag ein, die Regierung macht einen Abänderungsantrag, sagt, wieder zurück zum Runden Tisch. Euer Abänderungsantrag widerspricht unseren Punkten nicht, deswegen ist mein ernsthafter Vorschlag, bitte ergänzen wir euren Antrag, dann prüfen die Stellen, und im März haben wir dann ein Ergebnis und wir können dann wirklich den PädagogInnen und BetreuerInnen Punkte präsentieren, die wir dann umsetzen. Das ist ein mein großes Anliegen (*Appl.*).

GRⁱⁿ DJⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Ich bin ja froh, dass die Emotionalität des Themas in der Zeitüberschreitung bei allen gegeben ist. Lieber Kurt, den Vorschlag finden wir grundsätzlich gut, nur was unser Abänderungsantrag macht, er ergänzt eine sehr gute Idee und erweitert das. Und genau deswegen werden wir auch beim Abänderungsantrag bleiben, weil ich glaube, diese Zeit haben wir jetzt auch noch, und es sind schon genug Jahre vergangen, die komplett die gleiche Situation gehabt haben, und diese Zeit müssen wir uns jetzt nehmen, eine gescheites Paket zu schnüren. Ein Paket, das auch die Gruppengrößen beinhaltet. Weil wir liegen jetzt bei 25 Kindern, 20 soll das Ziel sein, ja, kurzfristig kann man sich AMS-Projekte anschauen, dass man nachhaltig gleich einmal eine Lösung verankert hat, aber langfristig muss es das sein. Und ich sehe es einmal positiv, dass die Angabe von 1.600 Kindern 70 Gruppengrößen entspricht, also wir sind eh schon Richtung 23 unterwegs, das heißt, das ist auch schaffbar. Es braucht aber auch mehr fachspezifische Unterstützung, und die fehlt. Es braucht im pädagogischen Bereich, auch im psychologischen, im sprachheilpädagogischen sowie im logopädischen Bereich, es braucht bessere und zeitgerechte Informationen, auch in Krisensituationen, wie wir sie jetzt haben. Es braucht den Abbau der administrativen Tätigkeit, die wir gehört haben, ist überbordend. Es braucht Evaluierung der Ausbildung und vor allem eine Anpassung der Ausbildung. Es braucht mehr Fort- und Weiterbildung, es braucht das Angebot einer Supervision. Es braucht einen Personalpool, um diese kurzfristigen Ausfälle, wie sie oft durch Krankheit entstehen, auch wirklich abfedern zu können. Und

vor allen Dingen braucht es die Überlegung einer Vollzeitbeschäftigung und nicht dieses Teilzeitbeschäftigungsmodell, das oft unfreiwillig ist, weil Vollzeitbeschäftigung bedeutet automatisch eine Gehaltserhöhung. Vor allem würde sie den Frauen, die da hauptberuflich eigentlich meistens täglich tätig sind, es ermöglichen, aus der Teilzeitfalle endlich zu entkommen. Und alleine schon diese beispielhafte Auflistung, die wirklich nur einen kleinen Überblick der Aufgabenstellungen gibt, zeigt, wie umfassend das Problem ist und dass es auf die Schnelle durch kleine Pflaster, wie wir sie heute auch schon gehört haben, nicht zu lösen ist. Und deswegen fordern wir, dass das Problem nur unter Einbindung des Landes sowie auch der betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen gelöst werden kann, denn die wissen auch, wie ihr Alltag aussieht, die wissen auch, was ihnen hilft. Und in diesem Sinne stellen wir, die Gemeinderatsfraktionen von KPÖ, Grünen und SPÖ, den

Abänderungsantrag:

Lieber Kurt Hohensinner, wir beauftragen dich, in Hinblick auf Problemfelder in Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen in der Kinderbildung und -betreuung unter Einbindung von ElementarpädagogInnen, der Gewerkschaft, der Personalvertretung, der Arge Kinderbildung und -betreuung, der BildungssprecherInnen der im Gemeinderat vertretenen Parteien sowie VertreterInnen des Landes Steiermark eine Bestandsanalyse durchzuführen sowie Vorschläge zu entwickeln, welche kurz-, mittel- und langfristigen Schritte seitens des Landes Steiermark, der Stadt Graz sowie der Trägervereine gesetzt werden können, um die Rahmenbedingungen in der Kinderbildung und -betreuung derart zu verbessern, dass der Beruf der Elementarpädagogin wieder an Attraktivität gewinnt. Dem Gemeinderat ist bis März ein Bericht vorzulegen. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Will man der Problematik mit der immer dünner werdenden Personaldecke in der Kinderbildung und -betreuung auf den Grund gehen, wird dies nur unter Einbindung der Betroffenen selbst möglich sein, die die vielen belastenden Rahmenbedingungen aus ihren alltäglichen Erfahrungen kennen, ebenso ist eine Einbindung des Landes unabdingbar.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der Gemeinderatsfraktionen von KPÖ, Grüne und SPÖ den nachfolgenden

Abänderungsantrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird daher beauftragt, in Hinblick auf Problemfelder in Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen in der Kinderbildung und -betreuung unter Einbindung von ElementarpädagogInnen, der Gewerkschaft, der Personalvertretung, der Arge Kinderbildung und -betreuung, der BildungssprecherInnen der im Gemeinderat vertretenen Parteien sowie VertreterInnen des Landes Steiermark eine Bestandsanalyse durchzuführen sowie Vorschläge zu entwickeln, welche kurz-, mittel- und langfristigen Schritte seitens des Landes Steiermark, der Stadt Graz sowie der Trägervereine gesetzt werden können, um die Rahmenbedingungen in der Kinderbildung und -betreuung derart zu verbessern, dass der Beruf der Elementarpädagogin wieder an Attraktivität gewinnt. Dem Gemeinderat ist bis März ein Bericht vorzulegen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin. Auch von unserer Seite und in unseren Augen ein sehr wichtiges Thema, danke für den Antrag. Wir stimmen dem inhaltlich auch voll zu. Ich bin ja auch Mutter von zwei kleinen Kindern und Familiensprecherin seit Jahren für die FPÖ und dieses Thema beschäftigt uns wirklich schon seit Jahren. Also eigentlich habe ich 2013 schon die ersten Gespräche mit KindergartenleiterInnen

geführt, mit KindergartenpädagogInnen, mit einer Leiterin aus einem sogenannten, ich weiß, das Wort ist nicht so positiv, aber mir fällt jetzt auch kein besseres ein, aus einem Brennpunktkindergarten, wo es einfach viele Probleme gegeben hat, und diese Probleme dieser LeiterInnen sollte man ernst nehmen und da ist in den letzten Jahren wirklich sehr, sehr viel verschlafen worden. Also ich kann mich dem nur anschließen, dass die Rahmenbedingungen in der Elementarpädagogik, also im Kindergarten, wirklich seit Jahren im Argen liegen. Wie wir schon gehört haben, das Gehalt alleine wird es nicht lösen, 200 Euro brutto werden auch nicht so den Anreiz erhöhen, weil jeder weiß, dass da am Ende des Monats nicht so viel übrigbleibt. Was immer ein Punkt war, was wir jetzt auch schon ausreichend gehört haben, ist die Gruppengröße. Zu viele Kinder in einer Gruppe und zu viele Kinder nicht deutscher Muttersprache in einer Gruppe, vielleicht auch noch mit unterschiedlichen Sprachen, das ist für die KindergartenpädagogInnen nicht möglich, da jedes einzelne Kind so zu fördern, wie es sich die Kinder verdient hätten, und dieses Problem besteht seit Jahren. Und es wundert mich jetzt deshalb schon, dass wir heute diesen Antrag bekommen, obwohl der Bildungsstadtrat ja seit 2014 Bildungsstadtrat ist (*Appl. Grüne*), dass es immer einen ÖVP-Finanzstadtrat gegeben hat, dass wir zurzeit auch eine Bildungslandesrätin haben, eine schwarze, das heißt, es wurde hier in den letzten Jahren wirklich sehr viel verschlafen und der Antrag, den könnte man fast als populistisch bezeichnen (*Appl. FPÖ*).

Zum Abänderungsantrag muss ich wirklich sagen, ich finde es sehr schade, dass es ein Abänderungsantrag ist, weil, das wurde auch schon gesagt, wenn das ein Zusatzantrag wäre, wir würden sofort mitgehen. Ein breiter Dialog ist in diesem Fall absolut notwendig und seit Jahren notwendig und hätte vor Jahren schon stattfinden sollen. Aber es wäre halt in unseren Augen sinnvoll, jetzt trotzdem schnell eine Verbesserung herbeizuführen, und diese könnten wir hier und heute beschließen, deshalb werden wir dem Antrag von der Marion Kreiner zustimmen und dem Abänderungsantrag nicht, obwohl inhaltlich wir natürlich dem auch absolut folgen können (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Kreiner**:

Danke, für die Möglichkeit des Schlusswortes. Das ist mir ein großes Anliegen, hier jetzt noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich finde es sehr schade, dass man mit diesem Abänderungsantrag das Ansinnen meines Antrages, nämlich die Gehaltserhöhung von 200 Euro brutto für die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen und auch die Kindergartenbetreuerinnen und -betreuer zu ermöglichen, nicht einmal prüfen möchte. Ich finde es schade, dass die KPÖ, die Grünen und die SPÖ offensichtlich kein Interesse haben, pädagogisch wertvolle Arbeit besser zu entlohnen. Und wie schon Stadtrat Kurt Hohensinner erwähnt hat, wäre es eigentlich sehr wünschenswert gewesen, dass ihr vielleicht einen Zusatzantrag einbringt, um sowohl die finanzielle Prüfung zu ermöglichen als auch die Rahmenbedingungen zu verbessern. Also ich verstehe nicht, dass man nicht einmal prüfen möchte, ob eine bessere Entlohnung möglich ist. Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

8.2 Versiegelungsgrad bzw. Grün- und Freiflächenfaktor – Verordnung (GR DI Georg Topf, ÖVP)

GR DI **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Bei diesem Thema geht es, zugegebenermaßen, um ein Steckenpferd von mir, von meiner Seite. Und ich darf gleich zu Beginn sagen, dass der Begriff Grün- und Freiflächenfaktor sozusagen ein Begriff ist, den ich kennengelernt habe im Zuge einer Exkursion mit dem Stadtlabor, wo die BOKU uns auch diesen Begriff in Wien nähergebracht hat. Ich möchte das durchaus betonen, weil dieser Begriff sozusagen nicht auf meine Initiative hier eingebracht wird bzw. nicht ein Begriff ist, den ich kreiert

habe, sondern der aus der Wissenschaft, wenn man so sagen will, aus dem universitären Bereich kommt. Eines der bestimmenden und möglicherweise auch entscheidenden Themen der letzten Gemeinderatswahl in unserer Stadt befasste sich mit dem durch die Attraktivität der Stadt entstandenen Siedlungsdruck und der damit verbundenen baulichen Entwicklung, das muss man durchaus zugeben. Natürlich steht auch die Stadt Graz als begehrter Lebensraum mit der damit einhergehenden Urbanisierung vor den großen Herausforderungen wie des Klimawandels, der demographischen Entwicklung, ich ergänze, auch des Mobilitätsverhaltens. Es ist Gebot der Stunde, Graz ökologischer und klimafitter zu machen und gegensätzlichen Tendenzen entgegenzutreten. Die Grazer Volkspartei hat daher mit breiter Unterstützung der im Gemeinderat vertretenen Parteien schon in der vergangenen Periode mittels Petition an den Steiermärkischen Landtag zur Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes 1995 die Möglichkeit eingefordert, es war damals eine Dringlichkeitsverfügung des Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl vom 23.5.2019, mittels Verordnungsermächtigung den Versiegelungsgrad bzw. den Grün- und Freiflächenfaktor für Baulandflächen innerhalb der Stadt Graz festlegen zu können. Das Land Steiermark hat nun diese Rahmenbedingungen geschaffen (§ 8 Abs. 3 und 4 Stmk. BauG i.d.g.F.), damit die Stadt Graz mit einer Verordnung Mindestwerte für den Anteil von Grün- und Freiflächen im Bereich des Baulandes definieren kann. Die Implementierung dieser Verordnung ist nach dem zukunftsorientierten Stadtentwicklungskonzept, dem Flächenwidmungsplan und dem zukunftsweisenden Räumlichen Leitbild der nächste Schritt einer nachhaltigen Strategie, um negativen Entwicklungen und Effekten entgegenzuwirken. Die Stadt ist angehalten, in Zeiträumen von Generationen zu denken. Deshalb ist es jetzt wichtig, den nächsten Qualitätsschritt zu setzen und diese Verordnung zu erlassen. Auf Grundlage der Gebietsanalyse des Räumlichen Leitbilds und den Gebietscharakter bewahrend wird vorgeschlagen, Mindestwerte des Anteils von Grün- und Freiflächen festzulegen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, bis zu der im Juni 2022, ich habe einmal diesen Zeitraum festgelegt, stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraum einen diskussionsfähigen Entwurf, eine Diskussionsgrundlage, weil endgültig fertigstellen, werden sie es bis dorthin nicht können, klarerweise, über eine Verordnung hinsichtlich eines Versiegelungsgrades bzw. eines Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen. Mir ist es deshalb wichtig, weil wir hier uns bewusst im Baugesetz befinden, damit man auch sozusagen relativ rasch Verfahren, die nach dem Baugesetz durchgeführt werden, sozusagen auch mit einem entsprechenden Faktor auch beleuchten können. Deshalb möchte ich sozusagen betont noch einmal hier sagen, dass es mir wichtig ist, den Fokus auf das Baugesetz zu legen. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Eines der bestimmenden und möglicherweise auch entscheidenden Themen der letzten Gemeinderatswahl in unserer Stadt befasste sich mit dem durch die Attraktivität der Stadt entstandenen Siedlungsdruck und der damit verbundenen baulichen Entwicklung. Natürlich steht auch die Stadt Graz als begehrter Lebensraum mit der damit einhergehenden Urbanisierung vor den großen Herausforderungen, wie des Klimawandels, der demographischen Entwicklung etc. Es ist Gebot der Stunde, Graz ökologischer und klimafitter zu machen und gegensätzlichen Tendenzen entgegenzutreten.

Die Grazer Volkspartei hat daher mit breiter Unterstützung der im Gemeinderat vertretenen Parteien schon in der vergangenen Periode mittels Petition an den

Steiermärkischen Landtag zur Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes 1995 die Möglichkeit eingefordert (Dringlichkeitsverfügung des Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl vom 23.5.2019), mittels Verordnungsermächtigung den Versiegelungsgrad bzw. den Grün- und Freiflächenfaktor für Baulandflächen innerhalb der Stadt Graz festlegen zu können.

Das Land Steiermark hat nun diese Rahmenbedingungen geschaffen (§ 8 Abs. 3 und 4 Stmk. BauG i.d.g.F.), damit die Stadt Graz mit einer Verordnung Mindestwerte für den Anteil von Grün- und Freiflächen im Bereich des Baulandes definieren kann. Die Implementierung dieser Verordnung ist nach dem zukunftsorientierten Stadtentwicklungskonzept, dem Flächenwidmungsplan und dem zukunftsweisenden Räumlichen Leitbild der nächste Schritt einer nachhaltigen Strategie, um negativen Entwicklungen und Effekten entgegenzuwirken.

Die Stadt ist angehalten, in Zeiträumen von Generationen zu denken. Deshalb ist es jetzt wichtig, den nächsten Qualitätsschritt zu setzen und diese Verordnung zu erlassen. Auf Grundlage der Gebietsanalyse des Räumlichen Leitbilds und den Gebietscharakter bewahrend wird vorgeschlagen, Mindestwerte des Anteils von Grün- und Freiflächen festzulegen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, bis zu der im Juni 2022 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraum einen diskussionsfähigen Entwurf über eine Verordnung hinsichtlich eines Versiegelungsgrades bzw. eines Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Dankeschön. Danke, lieber Georg Topf und danke fürs Mikrofon-Abputzen die ganze Zeit by the way. Ich melde mich zur Dringlichkeit, nachdem wir angesprochen sind, Manfred Eber und ich. Ich kann die Dringlichkeit nur bestätigen. Seit Jahren ist das Thema dringlich. Es steht auch im Antrag, dass das letztendlich wohl auch wahlentscheidend war. Es gibt viel Unmut in der Stadt, die Stadt ist gewachsen, es ist viel gebaut worden. Aufgrund der regen Bautätigkeit hat man teilweise, würde ich einmal sagen, übersehen, dass wir auch Grünraum brauchen, dass wir Raum für Mobilität brauchen, dass es eine neue Raumverteilung insgesamt braucht in der Stadt, und auch, wie erwähnt, natürlich stehen wir vor den Herausforderungen der Klimakrise und wir brauchen alleine schon Grünraum wegen der Versickerungsflächen. Ich bedanke mich auch für die Verlängerung der Dringlichkeit, weil im ursprünglichen Antrag stand März, jetzt haben wir Juni. Wir werden das Thema gemeinsam angehen, es steht auch im Koalitionsübereinkommen. Wir werden uns dem Thema ausführlich widmen, es geht ja nicht nur um die Novelle von 2020, die uns ermöglicht, aus dem Land jetzt einen Versiegelungsgrad festzulegen, sondern es geht insgesamt um die Überarbeitung der Planungsinstrumente, das haben wir vor. Wir haben in meinen ersten Gesprächen mit den zuständigen Ämtern das auch schon in die Wege geleitet, dazu gehören die Bebauungspläne, der Flächenwidmungsplan, aber auch die freiraumplanerischen Standards. Das betrifft ja auch das Thema, im Antrag erwähnt, und deswegen werden wir uns in angemessener Zeit, so wie gewünscht und gefordert, in der Dringlichkeit uns dem Thema widmen im Interesse aller Grazerinnen und Grazer (*Appl.*).

GR Lenartitsch:

Werte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Mitglieder des Gemeinderates und liebe Damen und Herren zuhause vor den Bildschirmen. Wenn ich ganz kurz eine kleine Anmerkung machen darf zu meinem Namen, die Betonung liegt

am a, Lenartitsch, aber wenn elf Buchstaben schon genannt werden, bin ich schon sehr glücklich.

Es ist für die Grazer Bevölkerung enorm wichtig, dass wir, die Politik, in unserer Stadt für genügend Grünraum sorgen, so soll es auch für unsere nachkommenden Generationen einfach lebenswert bleiben. In Form von Rasensteinen statt Asphalt, begrünten Dächern, Grünstreifen in öffentlichen Raum, Begegnungszonen in den einzelnen Bezirken und vielen weiteren Maßnahmen werden wir unser Graz nachhaltiger gestalten. Das zukünftige Räumliche Leitbild wird dies entsprechend abbilden. Dieser Bereichstyp definiert die angestrebte städtebauliche Struktur. Ebenfalls betrifft das so quasi die zukünftigen Gebäude, wie hoch sie gebaut werden sollen, und natürlich auch die Lage der Häuser im Stadtraum. Im Sinne des Klimaschutzes werden wir den Abänderungsantrag gemeinsam auch unterstützen und sage hiermit danke dafür (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuseher, lieber Antragsteller. Wir Freiheitlichen können diesem Antrag viel abgewinnen. Wir haben auch in der letzten Gemeinderatsperiode, wo wir gemeinsam mit der ÖVP in der Koalition waren, auch diesen Grünflächenfaktor unterstützt und haben dafür gekämpft. Es ist ein gutes Werkzeug, das Land ermöglicht uns jetzt mittlerweile mit der Gesetzesnovelle, auch diesen Faktor als Verordnung zu beschließen und es ist eben ein Werkzeug, wo wir auf einem Baugrundstück einen gewissen Prozentsatz für Grünfläche oder fürs Freihalten uns verordnen und Freihalten lassen können. Aber für uns geht das noch nicht weit genug, auch wir haben hier weitere Forderungen. Wir können uns etwa einen partiellen Baustopp vorstellen, das können wir uns gebietsweise vorstellen. Wir haben hier Mariatrost genannt. Wir geben auch ein klares Bekenntnis ab, Bauprojekte müssen zur Deckung der Wohnbedürfnisse für die Grazer dienen, es sollen keine Spekulationsobjekte für internationale Fonds werden oder für Großinvestoren. Das schafft uns dann die Möglichkeiten, die angesprochenen, Naherholungsräume zu

schaffen. Grünraumsicherung, ein wichtiges Thema, habe ich in vielen Programmen gelesen, in den Wahlprogrammen, hier fordere ich besonders die KPÖ und die Grünen auf, dieses Wahlversprechen dann auch einzulösen, den Finanzstadtrat, dass du dann das Geld zur Verfügung stellst, damit wir diese Grundstücke auch ankaufen können. Heute, ein Jahr zum Grünflächenfaktor, wir erwarten bis Juni, wir hätten auch gerne schon im März natürlich angefangen, dass das Konzept in den Ausschuss kommt. Und meine Meinung, dieser Abänderungsantrag, der dann noch von den Grünen kommen wird, das klingt für mich eher nach einer Verwässerung, hier wird nur noch von einem Vorhabensbericht gesprochen. Also ich würde gerne in die Umsetzung gehen, und wir stimmen daher der Dringlichkeit und auch dem Inhalt für diesen Antrag zu (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe ZuseherInnen im Livestream. Es liegt in der Natur der Sache, dass wir dem Antrag, sehr geschätzter Herr DI Topf, und der Dringlichkeit Ihres Anliegen zustimmen können. Vielleicht noch zur Erinnerung, wie komplex das Thema des Erhalts von ausreichend unversiegelten Bodenflächen ist, sie sind nämlich der Schlüsselfaktor in der zukünftigen Sicherung der Lebensqualität in dieser Stadt, das zeigen vor allem die verschiedenen Wirkungsdimensionen dieser Bodenflächen, eines unversiegelten und damit auch bioaktiven Bodens. Zum einen speichert er Wasser und ist damit im Falle von Regenfallereignissen wesentlich, und ist verantwortlich für die Grundwasserneubildung. Er bildet aber auch die Grundlage für Vegetation, die damit zur Kühlung und Reinigung der Stadtluft beiträgt. Er ist die Grundlage für tierische und pflanzliche Biodiversität. Er ist Erholungsraum für die Bewohnerinnen und Bewohner und der Boden ist eine endliche Ressource. Umso wichtiger ist es deshalb, dass diese Verordnung, die hier ansteht, und so wichtig und dringlich ist, mit entsprechender Sorgfalt ausgearbeitet wird. Diese Verordnung ist nämlich nachhaltig dem Schutz des

Bodens gewidmet, auch bei gesteigerten Nutzungsansprüchen. Sie muss dabei vor allem unterschiedlichste Siedlungstypen, Gebietskategorien und Gebietscharakter erfüllen und gerecht werden, im Räumlichen Leitbild der Stadt Graz haben wir immerhin 18 davon. Sie sollte auch längerfristig den zukünftig absehbaren Auswirkungen des Klimawandels gerecht werden. Ich denke da an die von der Wissenschaft durchaus nachvollziehbar prognostizierte Steigerung von Hitzetagen in den Städten wie Graz. Ich brauche Sie nur alle erinnern an das Starkregenereignis diesen Sommer, das außerordentlich war und auch die Folgen waren außerordentlich, deshalb bedarf es hier eines dringenden Paradigmenwechsels im Umgang mit dieser Ressource Bodenfläche. Aus diesen Gründen stelle ich deshalb folgenden

Abänderungsantrag:

Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, im Verlauf des ersten Halbjahres 2022 einen detaillierten Vorhabensbericht inkl. eines Zeitplans für eine Verordnung hinsichtlich des Versiegelungsgrades bzw. des Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen, und dieser muss auch wirksam sein. Dieser Bericht soll überdies eine Grundlage für die Revision der Stadtplanungsinstrumente (Räumliches Leitbild, 4.0 Flächenwidmungsplan hinsichtlich Bebauungsplanzonierung) enthalten. Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der dringliche Antrag soll wie folgt abgeändert werden:

Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, im Verlauf des ersten Halbjahres 2022 einen detaillierten Vorhabensbericht inkl. eines Zeitplans

für eine Verordnung hinsichtlich des Versiegelungsgrades bzw. des Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen. Dieser Bericht soll überdies eine Grundlage für die Revision der Stadtplanungsinstrumente (Räumliches Leitbild, 4.0 Flächenwidmungsplan hinsichtlich Bebauungsplanzonierung) enthalten.

GR DI Topf:

Ich verstehe den Abänderungsantrag insofern nicht, weil wir ganz bewusst darauf abgezielt haben, und das sind ja praktisch die Wortwiederholungen bis zum letzten Satz, dass ich gezielt auf das Baugesetz abgestellt habe. Ich möchte relativ rasch eine Verordnung kreieren, die sozusagen eine Möglichkeit schafft, jetzt schon in den Bauverfahren, die nicht sozusagen auch in Bezug auf Bebauungspläne, Flächenwidmungsplan usw. zu beschließen wären, sondern in konkreten Bauverfahren soll das möglich sein. Deshalb habe ich auch relativ rasch versucht, einen Termin zu finden, wo das möglich ist. Wenn wir jetzt sozusagen das im Zusammenhang mit einem länger werdenden Prozess Räumliches Leitbild, Flächenwidmungsplan usw. finden, dann haben wir keine Möglichkeit in den jetzigen Bauverfahren, die jetzt anstehen, diesen Versiegelungsgrad hier per Verordnung vorzuschreiben, deshalb habe ich bewusst auf das Baugesetz abgestimmt und nicht zu sehr, wie es auch im Abänderungsantrag drinnen steht, auf die Dinge, die wir im Zuge des Raumordnungsgesetzes zu vollziehen haben. Deshalb werden wir dem Abänderungsantrag nicht zustimmen.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.53 Uhr).

**8.3 Internationaler Tag der Menschenrechte: Graz als Teil der „Städte an der Seite von Flüchtlingen #withRefugees“
– gemeinsamer dringlicher Antrag von KPÖ, Grüne und SPÖ
(GR Tristan Ammerer, Grüne)**

GR Ammerer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtsenat, liebe ZuseherInnen im Livestream.

Bekanntlich wurde am 10.12. der Internationale Tag der Menschenrechte in Graz mit mehreren Veranstaltungen begangen. An diesem Tag im Jahr 1948 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Diese Erklärung ist aber nicht einfach vom Himmel gefallen, sie war eine Reaktion, und zwar auf die Verbrechen des Nationalsozialismus. Unsere Stadt Graz hatte als sogenannte Stadt der Volkserhebung eine mehr als nur unrühmliche Rolle im verbrecherischen NS-System inne und gerade deshalb war es so wichtig, dass Graz sich im Jahr 2000 als erste Stadt zur Stadt der Menschenrechte erklärt hat. Jetzt ist Graz seit 21 Jahren Menschenrechtsstadt. In dieser Zeit ist politisch so manches passiert, mehrere verschiedene Bundesregierungen und Stadtregierungen sind gekommen und gegangen. Aber was wir vor allem erlebt haben, ist die systematische Aushöhlung, das systematische Untergraben eines Menschenrechtes, nämlich des Menschenrechtes auf ein faires Asylverfahren.

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner: Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

GR Ammerer:

Das betrifft einerseits die Verfahren selbst, deren Fairness man inzwischen, gelinde gesagt, in Zweifel ziehen muss. Vor allem aber die Möglichkeit, überhaupt um Asyl

anzusuchen. Wie wir alle wissen, gibt es keine legalen Fluchtwege mehr, um hier um Asyl anzusuchen (*Appl.*).

Das ist eine indirekte Verwehrung des Menschenrechtes, nämlich auf das Recht auf ein reelles Asylverfahren. Stattdessen wird versucht, möglichst unmenschliche und grausame Zustände an den Außengrenzen herbeizuführen, als könnten wir Menschen, die vom Elend und vom Tod fliehen, damit abschrecken. Dieses systematische Untergraben des Menschenrechtes auf ein faires Asylverfahren wurde von der ersten Menschenrechtsstadt Graz bestenfalls mit Schweigen, schlimmstenfalls mit Applaus bedacht. Als Koalition haben wir uns darauf committed, dem Titel der Menschenrechtsstadt wieder neues Leben einzuhauchen. Daher möchte ich den KollegInnen der Sozialdemokratie und der KPÖ ausdrücklich danken, stellen wir diesen Antrag doch gemeinsam. Der Titel Menschenrechtsstadt soll nämlich nicht nur ein Titel sein, mit dem man sich schmückt, sondern eine Verpflichtung, für Menschenrechte einzustehen, hier und auch in unserer Umgebung. In unserer Stadt gibt es unzählige bewundernswerte Initiativen und Einzelpersonen, die tagtäglich Geflüchtete unterstützen, hier Fuß zu fassen und sich ein Leben aufzubauen, oder für die Einhaltung von Menschenrechten, ob an den Außengrenzen oder hier, kämpfen. Eine dieser Initiativen „Wochenende für Moria“ haben wir zum 10. Dezember, mit dem Menschenrechtspreis der Landeshauptstadt ausgezeichnet, denn dass an den Außengrenzen, auf Lesbos oder an der polnisch-belarussischen Grenze massenhaft Menschenrechtsverletzungen begangen werden, das ist unbestritten, das ist sonnenklar. Diese Zustände sind einer Europäischen Union unwürdig, sie verletzen die Menschenwürde und sie lassen jede Menschlichkeit vermissen. Werte KollegInnen, wissen Sie, woran ich glaube? Ich bin zwar mitunter ein „Semperer“, aber ich habe einen unerschütterlichen Glauben an das Gute im Menschen. Wenn wo Elend herrscht, dann helfen Menschen, und das haben die Leute hier in der Steiermark, in Graz, immer wieder bewiesen. Jetzt haben sie ihre PKW mit Hilfsgütern vollgestopft, sind dort hingefahren, wo Not herrscht. Jetzt, wo die Not an den Außengrenzen ist, ist es nicht mehr so einfach und da kommt die Verantwortung von uns als Gremium ins Spiel, denn wir können noch hinschauen, wir können die richtigen Zeichen setzen, und uns

fürs Richtige einsetzen. Innsbruck und Wien haben sich bereits zur UNHCR-Stadt #withRefugees erklärt. Ich kann daher den Kollegen Pascuttini beruhigen, wir werden keine Flüchtlingshauptstadt, weil Hauptstadt gibt es immer nur eine und es gibt schon drei UNHCR-Städte in Österreich. Und diese Woche erst hat der Gemeinderat der Stadt der Menschenrechtsstadt Salzburg Salzburg zur Gemeinde als sicheren Hafen erklärt. Daher finde ich, dass es den Gemeinderat der Stadt gut stünde, als Menschenrechtsstadt sich dieser Kampagne des UNHCR anzuschließen. Daher stelle ich den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Menschen auf allen Ebenen sowie zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die diese Teilhabe unterstützen. Bürgermeisterin Elke Kahr wird in diesem Sinne ersucht, die notwendigen Schritte zu setzen, damit sich die Stadt Graz an der UNHCR-Kampagne „Städte an der Seite von Flüchtlingen #withRefugees“ beteiligt (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Am 10. Dezember wurde der Internationale Tag der Menschenrechte in Graz mit mehreren Veranstaltungen begangen. Neben anderen PreistägerInnen wurde in diesem Jahr die Initiative „Wochenende für Moria“ für ihren Einsatz für die Menschenrechte mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Graz ausgezeichnet. Als „Stadt der Menschenrechte“ bekennt sich die Landeshauptstadt zur Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und dazu, deren Einhaltung zu fördern. Dabei kommt dem Thema Asyl naturgemäß eine besondere Bedeutung zu. Menschen, die als Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen die Flucht ergreifen mussten, in Österreich Schutz fanden und nun in Graz leben, verdienen gleichermaßen Zugang zum Wohnungsmarkt, zur Gesundheitsversorgung, zur Bildung, Ausbildung und

zum Arbeitsmarkt. Dass sie dabei oft vor Hürden gestellt werden, ist allgemein bekannt. Diese Hürden abzubauen und Geflüchtete vor Ort dabei zu unterstützen, sich ein Leben aufzubauen, ist eine Aufgabe, die Graz als Kommune wahrnehmen soll. Eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen und Einzelpersonen unterstützt geflüchtete Menschen dabei, in unserer Stadt Fuß zu fassen und gleiche Rechte und Chancen zu erfahren. Die „Omas gegen Rechts“, die Jugendgruppen von „Amnesty International“, die ausgezeichnete Initiative „Wochenende für Moria“ oder auch die „Seebrücke Graz“ mahnen uns, für Menschenrechte über unser direktes Umfeld hinaus einzustehen und Schutzsuchende aufzunehmen. Als „Stadt der Menschenrechte“ hat Graz dabei eine besondere Verpflichtung.

UNHCR – das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen - rief schon vor geraumer Zeit die Kampagne „Städte an der Seite von Flüchtlingen #withRefugees“ ins Leben.

<https://www.unhcr.org/withrefugees/de/cities/>

Diese soll daran erinnern, dass die Aufgabe von Städten und Gemeinden, Inklusion zu fördern, noch nie so wichtig war, wie heute. Städte, die diese Kampagne unterstützen, bekennen sich zum Menschenrecht auf Asyl und dazu, ihren Beitrag zu leisten, damit Inklusion gelingen kann und geflüchteten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird.

In Österreich haben sich bereits Wien und Innsbruck der Kampagne angeschlossen. Es stünde Graz gut an, sich als „Stadt der Menschenrechte“ ebenfalls dieser Kampagne anzuschließen.

Daher stelle ich im Namen der ALG – Grazer Grüne folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Menschen auf allen Ebenen sowie zu zivilgesellschaftlichen

Aktivitäten, die diese Teilhabe unterstützen. Bürgermeisterin Elke Kahr wird in diesem Sinne ersucht, die notwendigen Schritte zu setzen, damit sich die Stadt Graz an der UNHCR-Kampagne „Städte an der Seite von Flüchtlingen #withRefugees“ beteiligt.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, Kollegen und Kolleginnen und Zuschauer und Zuschauerinnen im Livestream, sehr geehrter Herr Antragsteller. Der Einsatz von Menschen, die nach Österreich flüchten, beschäftigt in unserem Land sehr viele zu Recht und das natürlich auch in Graz. Im Mittelpunkt muss stehen und steht auch, diese Menschen zu unterstützen und im Sinne aller Menschen, die in unserer Stadt leben, für Ausgewogenheit zu sorgen. Hinsichtlich Maßnahmen wie Bildungsmöglichkeiten und Arbeit, aber auch im Sinne des friedlichen Zusammenlebens, das Regeln und Pflichten vorsieht, die auch mit Konsequenzen und Kontrolle umgesetzt werden müssen. Zu all den von Ihnen angeführten Themen gibt es in Graz, denn im Gemeinderat dieser Stadt sollen wir in korrekter Einschätzung unseres Handlungsspielraumes von den Möglichkeiten einer Kommune sprechen, längst und lange viele Angebote, deshalb erstaunt mich in diesem Antrag etwas die etwas einseitige Darstellung der Situation, die ich jetzt gerne etwas korrigieren möchte, bevor ich auf den konkreten Antrag eingehe. Der Einsatz von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist unbestritten, sie sind sehr engagiert und es ist auch etwas, was ich aus persönlicher Arbeit und Bekanntschaft sehr gut kenne. Aber nur davon zu lesen und davon, dass geflüchtete Menschen anscheinend hier nur auf Hürden treffen, wenn es um die Wahrung ihrer Rechte und Unterstützung geht, ist einseitig und aus meiner Sicht falsch, denn es tut vielen Unrecht, die sich hier vor Ort und auch in vielen anderen Gelegenheiten sehr engagieren. Das sind die Initiativen, die sie bereits erwähnt haben, das sind aber auch Ämter, Behörden, Leute, die in Schulen und Kindergärten arbeiten, in ganz vielen Projekten, und ich möchte an dieser Stelle schon darauf hinweisen, dass diese herausfordernde Arbeit uns auch zu Dank verpflichtet, dass die Menschen dies entsprechend umsetzen. Es tut mir leid, dass der

Antrag, der von der gesamten Koalition mitgetragen wurde oder wird, nicht auf diesen Umstand dezidiert auch eingegangen ist. Dieses Bild möchte ich eben korrigieren und mich in diesem Namen im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, auch in der Politik und bei vielen Projekten bei den Menschen bedanken, die sich hier einsetzen. Und ich darf zur Erinnerung auch darauf hinweisen, dass diese sogenannten Hürden sehr gut abgedeckt werden, wenn es darum geht, welche Initiativen und Ansätze die Stadt Graz verfolgt. Das Integrationsreferat haben Sie bereits erwähnt, es gibt das UTC, das UNESCO-Training Center for Human Rights, ein wissenschaftsbasiertes Instrument für Meinungsbildung und Wissenserwerb. Es gibt Lerncafés, das Lernhaus, es gibt Remunerationsprojekte der Holding, der GBG und vieler anderen Einrichtungen, unter anderem auch des Sportamtes, die zumindest im Ansatz die Möglichkeiten ausschöpfen, hier einfach den Gegebenheiten durch das AMS entsprechend auch Hilfestellung zu leisten. Und ich erwähne auch noch der Vollständigkeit halber die Projekte von „Sicher leben in Graz“ mit dem Weichenstellwerk und einer jüngsten Initiative, die gerade erst umgesetzt wurde. Alles Möglichkeiten, dass Menschen auch im Arbeitsmarkt und in anderen Möglichkeiten eben Fuß fassen können. Das sind Maßstäbe, die Stadtrat Kurt Hohensinner, der in der letzten Periode verantwortlich war für die Integration in dieser Stadt, durchaus erfolgreich auf einen Weg gebracht hat und jetzt eigentlich vor der Aufforderung steht, den nächsten VerantwortungsträgerInnen ebenfalls diesen bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg weiterzugeben. Es gibt also sehr viel und es gibt auch viel Bedarf, und ich darf hier dringend darauf hinweisen, dass es eigentlich in unserem zentralen Interesse sein sollte, diese konkreten Arbeitsschritte zu verfolgen. Die Kampagne, von der Sie sprechen, ist, ich habe mir die Homepage sehr genau angeschaut, wenig verbunden mit konkreten Maßnahmen, es ist auch eine sehr große und auch interessante Mischung an Städten angeführt, die durchaus auch in Ländern sind, von wo Menschen nach Österreich flüchten, ich darf hier nur Pakistan erwähnen z.B., oder auch die Türkei, und mir fehlen in der Antragstellung einfach die konkreten Vorteile für den Beitritt zu dieser Kampagne, was über ein Lippenbekenntnis hinausgehen könnte. Diese Dinge sollte man, glaube ich, etwas genauer formulieren, und ich darf dringend

wiederholen, Hilfe sollte stets konkret sein. Wir haben Möglichkeiten, uns auf das zu konzentrieren und ich würde dringend ersuchen, dass wir uns diesen Schwerpunkten auch widmen im Sinne der Menschen, für die Sie und auch wir uns einsetzen. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Werte Stadtsenatsmitglieder, werte Kollegen. Sie haben jetzt mit Ihrer Mehrheit, und das ist Ihr demokratisches Recht, die Frage der Dringlichkeit vorweggenommen, dennoch zeigt das schon einiges, wenn eine solche Thematik in der aktuellen Zeit für Sie ein dringliches Anliegen ist. Ich denke, wenn man da draußen den Menschen zuhört, dann merkt man, dass es gerade ganz andere Probleme gibt, vor allem was die wirtschaftliche Situation der Stadt, des Landes, die Zukunftsfragen, etc. betrifft. Aber gut, dann sprechen wir halt auch über dieses Thema, da können Sie mir glauben, darüber sprechen wir sehr, sehr gerne. Und ich kann Sie nur bitten, lieber Herr Kollege, kommen Sie heraus aus der Blase. Ich glaube nämlich, Sie meinen es eigentlich gut, nur Sie sehen sehr vieles nicht. Und Sie sehen in dieser Thematik nur das, was Sie sehen wollen, aber Sie sehen nicht, was alles falsch läuft. Und die Themen, die die Menschen aktuell belasten, das sind ganz andere. Ich kann eines ganz klar sagen, ich lege hier den Standpunkt der FPÖ einmal ganz klar fest, das war er immer und das wird er immer sein, wir sind nicht das Weltsozialamt, das muss einmal ganz klar sein (*Appl. FPÖ*).

Und das wundert mich, die ÖVP klatscht jetzt nicht mit, Horst Seehofer hat das einmal gesagt, Ihr bundesdeutscher Fraktionskollege, gut, der ist jetzt schon Geschichte, so wie es auch die konservativen Positionen der ÖVP sind, wenn ich mir die Vorrednerin angehört habe, aber am Stammtisch draußen, da wird dann wieder geschimpft, oder auf den CVer-Buden. Ja, ja, das ist die janusköpfige ÖVP, wie wir sie kennen. Ich darf eines auch dazusagen, wenn Sie die Menschenrechtssituation in Weißrussland ansprechen, Herr Kollege Ammerer, dann bitte die KPÖ bitten, den außenpolitischen Sprecher Werner Murgg wieder auszuschicken, der liefert Ihnen da gerne ein Einschätzungsbild, wie es vor Ort aussieht, ob das dann Ihres ist, das wage ich zu

bezweifeln. Und was ich auch sagen kann zu dem von Ihnen angesprochenen Menschenrecht auf Asyl: Das Menschenrecht, da dürfen Sie nicht nur den Satz lesen, der in der Erklärung steht, jeder Menschen hat ein Recht auf Asyl, dann müssen Sie auch, so ist das in der Rechtswissenschaft üblich, auch einmal die Auslegungen, die Kommentare dazu zur Hand nehmen, und dann werden Sie schnell merken, dass jeder Mensch ein Recht auf ein faires Asylverfahren hat, und Asyl kann man eben nur genießen, wenn es ein Staat einem gewährt, und das kommt aus Ihrem Antrag nicht heraus. Sie sprechen ja schon davon, dass die Menschen da sind und da kommen noch mehr und es gibt einfach gar kein Ende. Das ist wirklich etwas, wo ich sage, das ist zu viel, es gibt keinen Rechtsanspruch auf Asyl, nur auf das Verfahren, aber da gebe ich Ihnen Recht, das soll schneller ablaufen, bedeutend schneller (*Appl.*).

Dann können wir die Guten dalassen, oder sagen wir einmal so, die Kinder dalassen, die Sie ja gemeinsam mit der ÖVP abschieben, weil die ÖVP, meistens schiebt sie nur die Verantwortung ab und nicht die richtigen Straftäter, aber wenn es dann wieder einmal etwas braucht, dann werden halt kleine georgische Kinder abgeschoben, aber gut, sei es drum. Das, bitte ich Sie, Herr Kollege Ammerer, mitzunehmen. Es gibt kein Recht auf ein Asyl, es gibt nur das Recht auf ein Asylverfahren. Und wie ich lesen konnte in der Tiroler Tageszeitung, sind Sie auch als Rechtsberater tätig, bitte das nur unentgeltlich machen, sonst haben Sie ein Problem mit der Winkelschreiberei. Und abschließend muss ich eines sagen, wir werden diesen Antrag, den Sie hier eingebracht haben gemeinsam, liebe Kollegen von der SPÖ, eurem Doskozil schicken, der da noch halbwegs vernünftige Ideen und Vorstellungen zu diesem Thema hat. Weil in Graz bewahrheitet sich nur eines, das habe ich nach dem Wahlergebnis schon gewusst, ihr seid hier nur der Wurmfortsatz in dieser Koalition, ihr macht auch, wie ein entzündeter Blinddarm, den vernünftigen Menschen in dieser Stadt Bauchweh, mir tut das auch weh, wenn ich diesen Antrag lese, aber im Endeffekt so richtig dabei und wichtig seid ihr nicht (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Wir befinden uns ja heute in der Debatte, ob wir dem dringlichen Antrag vom Kollegen Ammerer zustimmen sollen, in dem es darum geht, ob wir der UNHCR-Kampagne „Städte an der Seite von Flüchtlingen“ beitreten sollen. Für uns als Grazer Volkspartei ist klar, dass wir auch weiterhin den Kurs der restriktiven Zuwanderungspolitik in unserer Stadt fortführen wollen, eben gerade nicht, weil wir gegen eine gut funktionierende Integration sind, sondern weil wir dafür sind. Zu einer guten Integrationspolitik gehört es aber auch, Herausforderungen offen anzusprechen und nicht einfach nur zu sagen: „Wir haben Platz“ oder „Wir schaffen das“. Gerade im Bildungsbereich stehen wir hier vor großen Herausforderungen, mehr als 50 % aller Kinder in den städtischen Volksschulen sind nicht-deutscher Muttersprache. Fast ein Fünftel kann am Unterricht nur als außerordentlicher Schüler teilnehmen. Das ist ein Problem, vor dem wir unsere Augen nicht verschließen dürfen und das dazu führt, dass wir mit diesem Beitritt wohl kaum eine Lösung herbeiführen können, sondern dieses Problem, wenn dann nur verstärken. Die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft wird geschwächt, je mehr Integrierende vorhanden sind, und gerade deswegen haben wir als Stadt eine Verantwortung, damit sich Graz eben nicht zu einem Hotspot entwickelt, wie das bereits der Fall ist. Es braucht mehr als bloße sozialromantische Ideen und wir müssen echte Maßnahmen setzen. Dem wird dieser Antrag nicht gerecht. Und ich gebe Ihnen Recht, Herr Ammerer, wenn Sie sagen, wir müssen dem Titel Menschenrechtsstadt neues Leben einhauchen, ich gebe Ihnen auch Recht, wenn Sie sagen, dass ist kein Titel, mit dem man sich einfach so schmückt, und genau deswegen bin ich schon sehr gespannt auf die Wortmeldungen Ihrer Fraktion zu einem späteren dringlichen Antrag, wo es dann darum geht, und ich darf den Titel vorlesen, dass wir uns unmissverständlich distanzieren von kommunistischen Regimen und Diktatoren. Ich würde mir wünschen, dass der Zugang zur Menschenrechtsstadt nicht immer nur dann gemacht wird und Ihnen als wichtig erscheint, wenn er gerade ins Bild passt, und daher bin ich mir sicher, dass Sie auch diesem Antrag zustimmen werden. Damit Ihr Antrag auch einen positiven Effekt tatsächlich erbringen kann, haben wir einen

Abänderungsantrag eingebracht, den ich Ihnen jetzt gerne vorlesen möchte und in dem wir Folgendes zur Debatte stellen wollen:

Ich stelle namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP folgenden

Abänderungsantrag:

1. Für den Erhalt der Integrationsfähigkeit der Stadt bekennt sich die Stadt weiterhin zum Weg der restriktiven Zuwanderungspolitik.
2. StR Krotzer wird aufgefordert, Aktivitäten im Rahmen der Sprachförderung, der Werte- und Orientierungskurse oder von Vorzeigeprojekten, wie BIKOs oder Lerncafés, auszubauen.
3. Die zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus wird aufgefordert, Maßnahmen zur gerechteren Verteilung der Flüchtlinge auf das gesamte steirische Landesgebiet umzusetzen, wie etwa durch Einführung einer Residenzpflicht im Stmk. Sozialhilfegesetz.
4. Die zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus wird ersucht, dass die Unterbringung der Flüchtlinge vermehrt in Häusern professioneller Träger, wie etwa der Caritas, und weniger in privaten Unterkünften erfolgt, um eine kontinuierliche und bestmögliche Betreuung herzustellen.

Ich bitte um Zustimmung und hoffe dann auf menschenrechtswürdige Beiträge auch in naher Zukunft in dieser Debatte. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP den

Abänderungsantrag:

1. *Für den Erhalt der Integrationsfähigkeit der Stadt bekennt sich die Stadt weiterhin zum Weg der restriktiven Zuwanderungspolitik.*
2. *StR Krotzer wird aufgefordert, Aktivitäten im Rahmen der Sprachförderung, der Werte- und Orientierungskurse oder von Vorzeigeprojekten, wie BIKOs oder Lerncafés, auszubauen.*
3. *Die zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus wird aufgefordert, Maßnahmen zur gerechteren Verteilung der Flüchtlinge auf das gesamte steirische Landesgebiet umzusetzen, wie etwa durch Einführung einer Residenzpflicht im Stmk. Sozialhilfegesetz.*
4. *Die zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus wird ersucht, dass die Unterbringung der Flüchtlinge vermehrt in Häusern professioneller Träger, wie etwa der Caritas, und weniger in privaten Unterkünften erfolgt, um eine kontinuierliche und bestmögliche Betreuung herzustellen.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Kollege Ammerer. Sie möchten also, dass Graz die Stadt an der Seite der Flüchtlinge wird, und Sie strapazieren dafür als Argumentationsgrundlage die Menschenrechte. Immerhin sei, nach Ihren Aussagen, Graz die Stadt der Menschenrechte. Bei allem nötigen Respekt, Herr Kollege Ammerer, ich glaube, Sie haben sich bisher relativ wenig und nur oberflächlich mit den Menschenrechten beschäftigt und Sie haben auch die Grundidee bzw. den inhaltlichen

Kern der Menschenrechte so nicht verstanden. Aber gehen wir es gemeinsam durch, damit auch Sie an dem heutigen Tag etwas Positives und doch Lehrreiches mitnehmen können. Was ist der inhaltliche Kern der Menschenrechte? Was ist der Grundgedanke? Es ist die unveränderliche und unveräußerliche Menschenwürde. Und Teil dieser unveränderlichen Menschenwürde ist unter anderem das Recht auf Heimat, und ein Faktum dürfen wir in diesem Zusammenhang nicht vergessen, Heimat verliert man nicht nur durch Flucht und Vertreibung, Heimat verliert man auch dadurch, dass man zur Minderheit im eigenen Land wird, und genau das werden wir als FPÖ nicht zulassen (*Appl. FPÖ*).

Und eines ist mir wichtig in dem Zusammenhang festzustellen, wir als FPÖ machen den Flüchtlingen ad personam keinerlei Vorwurf. Diese Menschen handeln rational, sie wollen ihre Lebensumstände verbessern und sie wollen sich im Endeffekt in Mittel- und Westeuropa niederlassen. Das ist menschlich absolut verständlich und absolut rational. Wofür wir aber kein Verständnis haben, ist Ihre grüne Politik und Ihr irrationales politisches Bestreben, diese Masseneinwanderung weiter fortzusetzen und da muss ein Riegel vorgeschoben werden (*Appl. FPÖ*).

Insgesamt ist mir eigentlich auch schleierhaft, warum die Grünen sich so für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen und auch für die Integration einsetzen (*Gelächter im Saal*).

Die Grünen sind nämlich mit ihren kruden Ideen von Multikulti und weiterer Masseneinwanderung nicht einmal selbst integriert in Österreich, und das ist auch gut so und das wird auch so bleiben. Werte rot-rot-grüne Stadtregierung, ich weiß, dass ich da ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner: Bitte zum Ende kommen, Sie sind schon weit drüber.

GR Mag. **Winter:**

... Schlussbemerkung, ich weiß, dass ich da jetzt einer linken Stadtkoalition gegenüberstehe, und das ist auch durchaus vernünftig und ist in Ordnung, aber werfen Sie einen Blick nach Dänemark zur sozialdemokratischen Premierministerin Mette Frederiksen, die hat für Dänemark ein klares Ziel ausgegeben. Ihr Ziel für Dänemark ist null Asylwerber, und auch wir in Graz und sollten dieses Ziel anstreben. Ich bedanke mich (*Appl.*).

GR **Zirngast:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Das Kommunalprogramm der KPÖ Graz trägt seit ziemlich genau zehn Jahren den Titel „Wir alle sind Graz“. Und dieser Titel ist für uns nicht nur ein Slogan, er ist tatsächlich im Alltag unserer Partei gelebtes Programm. Wir stehen für ein gutes Leben für alle Menschen in sozialer Sicherheit und ein Zusammenleben in Frieden, gegenseitigem Respekt und Solidarität. Und ich möchte hier auch allen Menschen danken, die in Graz und anderswo in den letzten Jahren und überhaupt sich genau in diesem Sinne engagiert haben. Wir unterstützen den Antrag, denn inhaltlich handelt es sich dabei um eine Selbstverständlichkeit für uns, die wir ohnehin umzusetzen gedenken und die auch keiner gesonderten Erklärung bedürfte. Bürgermeisterin Elke Kahr wird die dahingehend notwendigen Schritte setzen. Wir werden in unserer politischen Arbeit, besonders natürlich in den Ressorts Wohnen, Soziales, Gesundheit, Pflege und Integration, alles daran setzen, dass allen Menschen in Graz die Möglichkeit auf ein gutes und menschenwürdiges Leben geboten wird, was auch die Grundlage für ein freies, solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben darstellt. In diesem Sinne möchte ich auch der ÖVP versichern, dass konkrete Schritte folgen werden. Hilfe muss konkret sein, das stimmt, und ich glaube, die KPÖ hat das in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sie das auch so sieht und auch so macht. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Dass am 10. Dezember der Menschenrechtstag ist, das weiß ich persönlich ganz genau, und dieser Tag hat sich bei mir auch ein bisschen eingeprägt. Leider wissen das viele Menschen auch in Graz nicht so sehr. Eingeprägt hat es sich bei mir, weil meine alte Schule den Menschenrechtstag größer gefeiert hat als Weihnachten. Und gefeiert auch mit den verschiedensten Beiträgen der damals aktuellen Menschenrechtsverletzungen, global und auch in unserer Nähe. Diese Menschenrechtsverletzungen sind topaktuell, sie passieren in Österreich, sie passieren global gesehen, sie passieren in Afghanistan, in der Europäischen Union, an unseren Außengrenzen. Graz hat ja den Titel der Menschenrechtsstadt, wie wir heute schon gehört haben. Und als ich in der letzten Periode in den Gemeinderat unter einer schwarz-blauen Regierung gezogen bin, war ich ehrlich gesagt immer wieder enttäuscht, ehrlich enttäuscht und wütend. So oft ist mir bewiesen worden, dass man oft von den Menschenrechten gesprochen hat, aber sie hier im Gemeinderat bei vielen Abstimmungen mit Füßen getreten hat. Wir als neue Koalition, wir als linke Regierung wollen diesem Titel endlich wieder neues Gewicht und neues Leben einhauchen. Das ist nur der erste Antrag in diese Richtung, der diese zentrale Rolle als Menschenrechtsstadt wieder quasi in den Mittelpunkt rückt. Die Menschenrechte sind nämlich konkrete Handlungsaufforderungen, überall dort aktiv zu werden, wo die Menschenrechte noch nicht voll und ganz umgesetzt wurden. Das ist in Österreich in gewissen Bereichen so, das ist in der Europäischen Union in gewissen Bereichen so und das ist auf jeden Fall auch weltweit so. Wenn wir da nur über das Thema Asyl reden, dann heißt das eigentlich nur, dass das der Bereich ist, wo am meisten zu tun ist, dass das der Bereich ist, wo am meisten Menschenrechtsverletzungen derzeit bei uns selbst passieren. Und bei uns, sage ich ganz kritisch als Europäerin, als Mensch, der in der Europäischen Union eigentlich gedacht hat, dass wir eine menschliche und auch eine menschenrechtswürdige Asylpolitik wirklich machen können. Seit vielen, vielen Jahren sehen wir, dass das nicht möglich ist. Und wenn wir sagen, ja, es gibt das Recht auf ein Asylverfahren, dann ist

jeder Push-back, der in der Europäischen Union und an unseren Außengrenzen passiert, eine konkrete Verletzung dieses Rechts auf ein Asylverfahren. Wenn Leute bei Verhandlungen und bei Gerichtsverfahren in Graz aussagen, sie verstehen das Wort Asylum nicht, was sehr nahe an dem Wort Asyl in der deutschen Sprache ist, dann ist das eine konkrete Menschenrechtsverletzung, und wenn wir auch sagen, wir haben Platz, wir müssen aktiv werden, dann ist das ein konkretes Bekennen zu den Menschenrechten, das in Graz wirklich sehr dringend nötig ist. Ich nehme mir sicher kein Vorbild an einer dänemärkischen Politikerin, die im Übrigen jetzt auch für ihre Politik ins Gefängnis gehen wird. Ich nehme mir ein Vorbild an diesen Politikerinnen und Politikern, die jeden Tag dafür eintreten, dass Menschen, die Schutz suchen, auch diese Möglichkeit in der Europäischen Union und in Graz möglich gemacht werden. Ich nehme mir ein Vorbild an den Leuten, die helfen jeden Tag in diesen Lagern, an diesen Außengrenzen, in gewissen Initiativen in Graz und global gesehen. Und wir sollten uns alle ein Vorbild an den Leuten nehmen, die die Menschenrechte nicht nur jeden Tag in Reden erwähnen oder am 10. Dezember in Reden erwähnen, sondern die sie auch wirklich leben (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Dieser großartigen Rede von dir, Anna, ist in Wirklichkeit wenig hinzuzufügen, die war wahnsinnig berührend und wahnsinnig am Punkt. Ich werde jetzt wirklich nur noch ein paar kleine Anmerkungen tätigen zu den Kommentaren, die es auch vorab gab, weil ich die Debatte um dieses Thema tatsächlich wichtig finde, weil es einfach ein zentrales Thema in unserer Zeit ist. Kollege Brandstätter hat am Ende seiner Wortmeldung für weitere menschenrechtswürdige Wortmeldungen plädiert, in diesem Sinne werde ich auf die FPÖ-Wortmeldungen nicht eingehen, weil sie das Kriterium für mich einfach nicht erfüllt haben und weil in dem Raum für diese Art von Hetze und menschenverachtenden Äußerungen einfach kein Platz sein soll (*Appl.*).

Aber auch in Richtung ÖVP möchte ich nochmals anmerken, dass viele von euch die christlich-sozialen Wurzeln, die eigentlich immer namensgebend für eure Partei waren und ein zentraler Bestandteil eurer Ausrichtung war, dass viele von euch das in den letzten Jahren, Monaten zunehmend verlassen haben. Schauen wir uns die Diskussion auf Bundesebene an zur Situation in Afghanistan, zu einem Zeitpunkt, wo ganz viele Länder in Europa gesagt haben, wir müssen Menschen aus Afghanistan aufnehmen, wir müssen vulnerable Gruppen, FrauenrechtlerInnen, Menschen, die massiv gefährdet sind durch die erneute Machtübernahme der Taliban möglichst schnell aus dem Land bringen, zu dem Zeitpunkt haben ÖVP-Politiker in Österreich noch von Abschiebungen von AfghanInnen gesprochen. Also das war ja wirklich nicht mehr nachvollziehbar, wo sich da die Debatte teilweise hinbewegt hat. Und ich bin ja jetzt schon seit einigen Jahren hier in Graz Gemeinderätin und wir haben in der Zeit manchmal mit großer medialer Aufmerksamkeit, manchmal sozusagen fast verschwunden vom Blick der Weltöffentlichkeit, sehr, sehr viel Elend mitbekommen, das in Europa passiert, am Boden der Europäischen Union, und wir haben immer wieder gemerkt, dass es im Kleinen in Österreich Initiativen gab, dass es Städte gab, die sich für die Menschenrechte eingesetzt haben, Wien, Innsbruck, auf allen Ebenen gab es immer wieder auch offizielle VertreterInnen, die gesagt haben, in unseren Städten ist Platz, wir können einige weitere Menschen aufnehmen, wir können natürlich nicht das ganze Elend der Welt lösen, niemand wird das im Kleinen können, aber wir können einen Beitrag leisten, um die Situation zu verbessern. Nur in Graz sind wir in den letzten Jahren unter dieser schwarz-blauen Koalition auf taube Ohren gestoßen, bis hin zu einem Ausmaß, wo man sich wirklich fragen musste: Verdient diese Stadt den Titel Menschenrechtsstadt noch? Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt anlässlich des Menschenrechtstages als neue Stadtregierung dieses Zeichen setzen dafür, dass wir wirklich eine Stadt der Menschenrechte sind und uns deswegen auch vehement für das Einhalten der Menschenrechte einsetzen werden. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini: (zur Geschäftsordnung)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich darf Sie nur kurz darauf hinweisen, dass der Kollege noch zehn Sekunden seiner Zeit hatte, und da wurde er schon ermahnt, dass er jetzt über der Zeit liege. Kurios, wie das passieren konnte. Und die Kollegin Robosch, die war eine Minute drüber, und die hat keine Ermahnung erhalten. Also bitte darauf achten, dass das Rederecht da nicht beschnitten wird (*Appl. FPÖ*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Das ist mir aufgefallen, ich entschuldigen mich dafür. Ich habe das rote Licht nicht gesehen, und bei mir war es rot, und deswegen ist das passiert von meiner Seite.

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini:** Damit ist es auch schon vergeben und vergessen.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Entschuldigung, Herr Gemeinderat Winter, ich werde nie mehr so streng sein.

GR Ammerer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde es mir auch ersparen einzugehen genau auf die Wortmeldungen der FPÖ. Einzig ein oder zwei Berichtigungen muss ich reinbringen. Ich weiß nicht, wie Sie dazu gekommen sind, mich zum Juristen zu machen, ich bin keiner. Ich nehme auch keine Rechtsberatungen vor und behaupte auch nicht, sowas zu tun. Das möchte ich nur einmal richtigstellen.

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini:** So steht es in der Tiroler Tageszeitung.*

GR Ammerer:

Gleich wie ich auch ganz klar gesagt habe, dass ein Menschenrecht auf ein faires Asylverfahren besteht. Was Sie mir hier unterschieben für eine Position oder eine Fehlinformation, das steht weder im Antrag noch habe ich hier irgendetwas Dergleichen gesagt.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Ammerer:

Ich bewege mich aus meiner Blase heraus, sehr bewusst. Vielleicht stünde es manchen gut, sich aus ihren Blasen hin und wieder herauszubewegen und sich anzuschauen, wo Menschenrechte verletzt werden. Ein Moment, wo ich aus meiner Blase herausgefahren bin, war, als ich nach Calais gefahren bin und mir das Sterben dort selbst angeschaut habe und beinahe daran zerbrochen bin, nichts tun zu können für die Leute, die ich dort treffe und von denen ich nicht weiß, ob die noch leben. Ein kleiner Tipp, gehen Sie raus aus Ihren Blasen, ich tu es auch, ich kann es jedem empfehlen, dann nehmen Sie auch den richtigen Handlungsauftrag daraus mit, sowas zu erleben. Und nach jeder Wochenende-für-Moria-Demonstration in Graz z.B. da sind Leute, die sind jedes Mal dort, und das sind meistens dieselben Leute, nämlich die, die rausfahren an die Außengrenzen, die hinschauen, wo Unerträgliches passiert. Das zu würdigen, ist nicht nur Pflicht einer Menschenrechtsstadt, sondern eigentlich Pflicht von jeder kommunalen Verwaltung. Und was ich in diesem Antrag fordere ist, ja, zugegeben, da ist kein Zehn-Punkte-Programm und konkrete Handlungen drinnen, sondern ein Zeichen der Solidarität und ein Zeichen für Menschenrechte. Nichts anderes steht ja auch drinnen im UNHCR-Aufruf in der Kampagne. Dieser Antrag soll einen neuen Stil einläuten im Umgang mit dem Themenkomplex Menschenrechte von der Stadt Graz. Dass Ihnen das nicht taugt, generell, dass Sie bei den Menschenrechten erhebliche Defizite aufweisen, ist ja bekannt, trotzdem ist die Zeit nun mal jetzt eine

andere, und wir werden diesen Weg gehen. Wir werden eine Stadt sein, in der Solidarität zählt, die Solidarität übt und die sich zu den Menschenrechten bekennt und die Einhaltung von denen einfordert. Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (16.32 Uhr).

8.4 Stärkung der Direkten Demokratie auf Gemeindeebene (GR Mag. Dr. Christian Kozina, Grüne)

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuseherInnen im Livestream. Ich freue mich, dass ich heute erstmals hier auch sein darf, ich bin ja schon längere Zeit politisch engagiert, bisher aber immer außerhalb, und habe da schon einiges miterlebt. Wir haben unter anderem vor etwa drei Jahren eine Petition gestartet für Liveübertragungen von Gemeinderatssitzungen, damals war das ja noch nicht möglich, und inzwischen ist es möglich, also das ist ganz wunderbar. Das war damals auf Landesebene. Ich habe eben auch sonst immer wieder versucht, mich an die Politik zu wenden. Mit MoVe iT haben wir eine Petition gestartet mit vielen Unterschriften. Ich habe diese BürgerInnen-Konvente im Rahmen des Kulturjahres letztes Jahr organisiert und habe da irgendwie gesehen: Wie funktioniert das eigentlich, wenn man sich als Bürger, als Bürgerin auch wirklich in die Politik einbringen will, ohne dass man jetzt wirklich hier auch im Gemeinderat sitzt? Und man sieht einfach, dass es nicht immer funktioniert, also es werden einfach gewisse Fragen nicht diskutiert in diesen Gremien, und es werden auch Entscheidungen getroffen, wo

man sagt oder wo viele Menschen dann in der Stadt auch sagen, ok, das ist jetzt nicht in ihrem Sinne. Das Steirische Volksrechtegesetz gibt da einige Möglichkeiten, das fängt an bei Volksabstimmungen gegen Landesgesetze, die man durch Sammlung von Unterschriften initiieren kann, das geht weiter über Volksbegehren, Volksinitiativen auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene. Und es gibt auch die Möglichkeit für Volksbefragungen, wenn man eine gewisse Anzahl an Unterschriften sammelt. Was aber spannend ist, es gibt ja noch andere und konstruktivere und innovativere Instrumente, und Vorarlberg hat das vorgemacht, die haben diese Bürgerräte eben eingeführt, um eben gemeinsam mit ausgewählten BürgerInnen da Lösungen zu entwickeln, also so ähnlich, wie wir das hier in Graz auch mit diesen BürgerInnen-Konventen versucht haben. Und diese Bürgerräte in Vorarlberg sind dann, wenn genügend Leute auch unterschrieben haben, in eine verbindliche Volksabstimmung gemündet. Jetzt hat der Verfassungsgerichtshof sich das angeschaut anhand einer Gemeinde und ist eben zu dem Schluss gekommen, ok, das ist verfassungswidrig, weil es dem repräsentativ demokratischen System in Österreich widerspricht. Daraufhin haben eben einige Abgeordnete aus den Oppositionsparteien einen Antrag an den Nationalrat gestellt, da gab es dann einen Entschließungsantrag der Regierungsparteien und der lautet jetzt eben, dass es so einen Länderdialog zur direkten Demokratie auf Gemeindeebene geben soll. Ganz konkret geht es darum, dass die Bundesministerin für EU und Verfassung ersucht wird, betreffend die Absicherung und die Förderung direkt-demokratischer Instrumente auf der Ebene der Gemeinden mit den Ländern, insbesondere mit den Land- und Verfassungsgesetzgebern, in Dialog zu treten und zu ergründen, inwieweit Änderungen der bundesverfassungsgesetzlichen Rahmenbedingungen aufgrund regionaler Bedürfnisse angezeigt sind. Das heißt, in diesem Länderdialog wird jetzt die Bundesministerin Edtstadler auch auf das Land Steiermark zukommen, das Land Steiermark wird aufgefordert sein, hier Stellung zu beziehen und eben auch auf diese regionalen Bedürfnisse einzugehen. Und da ist genau wieder unsere Aufgabe als Stadt Graz, auch zu sagen, ja, es gibt hier ein regionales Bedürfnis, es gibt hier auch das Bedürfnis der Stadt Graz, wir wollen die Beteiligungs- und die

Mitbestimmungsmöglichkeiten der Grazerinnen und Grazer stärken, das steht ja auch so im Koalitionsprogramm, und wir wollen uns dann eben auch einbringen, auch wenn es darum geht, Instrumente zu entwickeln, um die direkte Demokratie weiter zu fördern. Es geht ja auch darum, im Hintergrund haben wir immer dieses Thema mit der sehr geringen Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl, die ist, glaube ich, uns allen ein Dorn im Auge, und wenn man eben hier auf die Menschen zugeht, wenn man ihnen mehr Möglichkeiten der Beteiligung gibt, dann kann man viele vielleicht auch wieder in den politischen Prozess hereinholen. Ich stelle daher seitens der Grünen den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark am Petitionsweg, sich im kommenden Länder-Dialog mit der Bundesministerin für EU und Verfassung explizit dafür auszusprechen, die bundesverfassungsgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Stärkung direkt-demokratischer Instrumente auf Gemeindeebene zu verbessern. Explizit soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die Stadt Graz als größte steirische Gemeinde ein hohes Interesse daran hat, dass die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten durch BürgerInnen-Räte und ähnliche auf konstruktive Lösungsfindung ausgerichtete Beteiligungsinstrumente verbessert werden (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Grundidee einer repräsentativen Demokratie ist es, Parteien oder Einzelpersonen zu wählen, die die eigenen Interessen möglichst gut vertreten. Doch was geschieht, wenn die eigenen Interessen nicht wie gewünscht vertreten werden, z.B. indem zu gewissen Fragen keine Entscheidungen herbeigeführt werden oder indem Entscheidungen getroffen werden, die den eigenen Interessen widersprechen?

Das Steirische Volksrechtegesetz sieht schon jetzt verschiedene Möglichkeiten vor: Durch Sammlung von Unterschriften können Stimmberechtigte verbindliche Volksabstimmungen zu Landesgesetzen ebenso initiieren wie Volksbegehren

und -initiativen auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene, die bei Nicht-Behandlung durch die zuständigen VertreterInnen in bestimmten Fällen ebenfalls in verbindlichen Volksabstimmungen münden können. Weiters gibt es die Möglichkeit von Volksbefragungen, wenn eine bestimmte Zahl an BürgerInnen eine solche per Unterschrift verlangt.

In Vorarlberg ging man noch einen Schritt weiter und führte „Bürgerräte“ ein, bei denen zufällig ausgewählte BürgerInnen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entwickeln. Auf Gemeindeebene mündeten diese – auf Verlangen einer gewissen Zahl von Stimmberechtigten der Gemeinde – ebenfalls in einer verbindlichen Volksabstimmung. Diese Bestimmung im Vorarlberger Gemeindegesetz bzw. Vorarlberger Landes-Volksabstimmungsgesetzes wurde jedoch vom Verfassungsgerichtshof 2020 als verfassungswidrig aufgehoben, da sie dem repräsentativ-demokratischen System widerspreche.

Darauf folgt ein Antrag an den Nationalrat, der am 19.11.2021 zum Beschluss führte, einen Länder-Dialog zu direkter Demokratie auf Gemeindeebene zu starten: „Die Bundesministerin für EU und Verfassung wird ersucht, betreffend die Absicherung und die Förderung direktdemokratischer Instrumente auf der Ebene der Gemeinden mit den Ländern, insbesondere den Landesverfassungsgesetzgebern, in den Dialog zu treten und zu ergründen, inwieweit Änderungen der bundesverfassungsgesetzlichen Rahmenbedingungen auf Grund regionaler Bedürfnisse angezeigt sind. Dem Verfassungsausschuss soll darüber berichtet werden.“

In diesem Länder-Dialog wird nun auch das Land Steiermark aufgefordert sein, Stellung zu beziehen und hierbei insbesondere auf „regionalen Bedürfnissen“ einzugehen. Graz als größte Gemeinde der Steiermark sollte daher klarmachen: Ja, wir wollen die Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Grazerinnen und Grazer stärken und wir wollen uns aktiv einbringen, wenn es darum geht, Instrumente zu entwickeln, die die direkte Demokratie fördern.

BürgerInnen einzuladen, sich an demokratischen politischen Prozessen zu beteiligen, ist wichtiger denn je, nicht zuletzt, um dem Vertrauensverlust in die Politik

entgegenzuwirken, der sich anhand der extrem niedrigen Wahlbeteiligung zuletzt deutlich zeigte.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark am Petitionsweg, sich im kommenden Länder-Dialog mit der Bundesministerin für EU und Verfassung explizit dafür auszusprechen, die bundesverfassungsgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Stärkung direkt-demokratischer Instrumente auf Gemeindeebene zu verbessern. Explizit soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die Stadt Graz als größte steirische Gemeinde ein hohes Interesse daran hat, dass die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten durch BürgerInnen-Räte und ähnliche, auf konstruktive Lösungsfindung ausgerichtete Beteiligungsinstrumente verbessert werden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. Piffl-Percevic:

Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen und ZuseherInnen vor den Bildschirmen zuhause. Ich möchte mich bedanken für diesen dringlichen Antrag, denn er hat etwas zum zentralen Inhalt, was auch das Anliegen des gesamten Gemeinderates immer wieder war. Ich verweise nur auf die Stärkung der direkten Demokratie. Ich verweise zuletzt auf das Jahr 2008, als die Koalition aus ÖVP und Grünen hier damals auch mit einstimmigem Beschluss den Beirat für BürgerInnenbeteiligung eingerichtet hat. Ich nenne das nicht nur deswegen als Beispiel für den Konsens, den ich wir auch in der Vergangenheit hatten, sondern ich nenne es auch als Beispiel, dass wir immer versucht haben, auch durch Petitionen an das Land, im Zusammenhang mit dem Volksrechtegesetz. Wir erinnern uns an die Fragen des Datenschutzes, weil es ganz schwer war, überhaupt

auch diese Instrumente in Stellung zu bringen. Das ist das Thema zur Legalisierung, wenn Sie es so wollen, zur rechtlichen Heranführung von allen Arten von Bürgerbeteiligungen, allen Arten von direkter Demokratie, da mitgearbeitet haben, und selbstverständlich werden wir auch hier gerne diesen Antrag, der im Übrigen, und das verschweigt der Antragsteller, durch einen Antrag, der im Parlament von den Regierungsparteien der Koalition, der schwarz-grünen, auch mitbeschlossen wurde, nämlich diesen Dialogprozess zwischen dem Bund, der Frau Europaministerin, die dort angesprochen ist, und den Ländern, und nur als Schmankerl, den Ländern und den Landesverfassungsgesetzgebern, ich habe so eine Diktion noch nicht gehört, weil wenn ich da hier im Sinne des Antrages und zur Lösung dieses Vorarlberger Problems, wo der Verfassungsgerichtshof das Vorarlberger Landesgesetz aufgehoben hat, weil es eben, und jetzt kommt ein weiterer Punkt, mit der repräsentativen Demokratie nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Ich möchte das deswegen auch betonen, weil umgekehrt wir uns als gewählte Vertreter auch nicht abmelden können und nicht einfach etwas aufs Volk schieben können. Wir haben eine Verantwortung, dafür sind wir gewählt worden. Aber ich glaube, für unsere Fraktion sagen zu können, wir bekennen uns, dass die gewählten Vertreter ihre Aufgaben wahrnehmen, aber möglich unterstützt und rechtlich herangeführt, verfassungskonform, auch alle Menschen in einer Stadt, die sich daran beteiligen wollen. In diesem Sinne signalisiere ich, dass wir auch dem Inhalt zustimmen werden (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kollegen. Wir haben uns bei diesem Antrag leicht getan, die Dringlichkeit für gegeben zu erachten. Einfach weil es immer gut ist, wenn man über Bürgerbeteiligung und über die Demokratie spricht. Beim Inhalt, ja, da kann ich auch bei vielem mitgehen, weil Sie haben hier ein paar Punkte richtigerweise erkannt, z.B. die sinkende Wahlbeteiligung, da haben wir ein Problem. Nur aus unserer Sicht haben Sie nicht ganz die richtigen Schlüsse daraus gezogen, man müsste nämlich die vorhandenen Instrumente schon stärken. Jetzt war natürlich die Beteiligung an der

Gemeinderatswahl, naja, nicht besonders gut, aber da ist ja noch etwas anderes gewählt worden, nämlich der Bezirksrat. Und das ist geht mir da komplett unter, weil Graz hat dieses System der zwei Ebenen, wo wir den Gemeinderat oben drüber haben, aber auch eine Ebene darunter, nämlich den Bezirksrat. Und der ist in Graz ja wirklich etwas Gutes, das gibt es auch in Deutschland oder Wien, nur in Graz ist er wirklich ein bisschen verkümmert. Da kann man wirklich nicht viel machen, auch wenn die in den Bezirksräten sitzenden Fraktionen gewillt sind, da scheitert es oft an Kleinigkeiten, wo ich mir denke, das gibt es ja gar nicht, deswegen haben wir heute auch noch zwei Anträge vorbereitet, die wir dann einbringen werden, um eben diese Bezirksdemokratie zu stärken. Und ich muss auch eines jetzt ganz klar dazusagen, mit Schmunzeln habe ich das zur Kenntnis genommen, dass jetzt ein paar altgediente ÖVP-Bezirksvorsteher abgewählt worden sind, weil die haben sich jetzt natürlich medial dargestellt als die armen Hascherl, aber in den letzten Jahren, wo sie die Mehrheit gehabt haben, da war weder etwas mit Zugehen auf andere, da war weder etwas mit Informationsweitergabe. Die Informationen, die die Bezirksräte erhalten hätten solle, die hat immer nur der Bezirksvorsteher bekommen und weitergeleitet ist da gar nichts geworden. Die Ämter haben immer gesagt, naja, bekommt nur der Bezirksvorsteher. Das ist wirklich nicht tragbar, und deswegen freut es mich, dass da jetzt ein bisschen mehr Demokratie eingekehrt ist auf unterster Ebene, nämlich dass sich Koalitionen gebildet haben, dass sich der Stärke nach verschiedene Bündnisse zusammengefunden haben. Das tut der Bezirksratsseele, die noch in mir schlummert, wirklich gut. Was ich auch sagen kann, ist, den ersten Teil Ihres Antrages, den kann man unterstützen. Diese Bürgerräte, das ist nicht das, was ich mir vorstelle. Stärken wir doch die Bezirksräte, da können wir so viel tun, denen können wir mehr Kompetenzen geben, denen können wir mehr Geld geben, dann kann das wirklich eine zweite Ebene werden. Und da dort ja viele Ehrenamtliche drinnen sitzen, kann man auch größere Bezirksräte machen. Es müssen ja nicht nur sieben, z.B. wie in Gösting, sitzen, es können ja mehr sitzen, es ist ja eh ein Ehrenamt. Und ich sage auch, wenn man denen ein geringfügiges Sitzungsgeld auszahlt, wird uns das nicht umbringen, weil wenn wir auf unterster Ebene, und das ist jetzt nicht despektierlich gemeint, sondern

einfach in dieser Hierarchie der ganzen Ebenen, auf der untersten Ebene es schaffen, die Menschen zu begeistern, im Bezirk mitzuarbeiten, dann ist das eine gute Sache. Wir werden diesem Antrag jetzt nicht zustimmen, aber wir sind hier, was die direkte Bürgerbeteiligung betrifft, für alle Gespräche offen und würden uns wirklich freuen, wenn wir hier in nächster Zeit einige Verbesserungen im Bereich des Bezirkrates eben sicherstellen könnten (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Herzlichen Dank für die Rückmeldungen. Es freut mich, dass hier so eine grundsätzliche Zustimmung auch im Raum steht bzw. eben auch von der ÖVP im Raum steht. Was mir zum Thema Bezirke einfällt, ich glaube, das ist relativ einfach, das steht auch im Koalitionsprogramm drinnen, dass es da Schritte geben soll, das ist jetzt nicht Teil dieses Antrags, aber auch um dieses Problem werden wir uns kümmern. Also ich glaube, da gibt es sicher Verbesserungspotential in den nächsten Jahren. Ansonsten darf ich für diesen Antrag jetzt einmal um Zustimmung bitten (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

8.5 Unmissverständliche Distanzierung von kommunistischen Regimen und Diktatoren (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, werte Kollegen. Jetzt haben wir heute schon sehr, sehr viel über Menschenrechte gesprochen und auch über Demokratie, und das ist ja beides etwas Schönes, und jetzt reden wir auch weiterhin über Menschenrechte, halt im negativen Kontext, Menschenrechtsverletzungen. Und ich habe heute, glaube ich, auch, hat die Fraktion der Freiheitlichen, schon bewiesen, dass wir mehr oder weniger

immer dann, wenn es sinnvoll ist, auch mit Ihnen zusammenarbeiten, dass wir Sie hier jetzt nicht kategorisch aus ideologischen Gründen ablehnen, das würde auch der Stadt nicht guttun, wenn Sie nicht auf unsere Ideen zugreifen könnten. Aber ich habe mir einmal die Gedanken gemacht, und das war immer wieder in den letzten Jahren, immer, wenn ich bei Ihnen etwas Gutes finden konnte, dann ist halt wenig später wieder ein Sager gekommen, womit ich keine Freude habe. Und ich muss schon sagen, es waren in letzter Zeit schon fast pathetische Liebesbekundungen, die da von Ihrer Seite gekommen sind: „Ich liebe Tito“ oder „Ich habe ihn geliebt, damals“. Naja, das ist schon sehr sonderbar, muss ich dazusagen. Ich habe mir dann die Frage gestellt, weil ich mir diese immer stelle, wenn jemand politisch aktiv wird, dann denke ich mir: Warum wird er das? Dann versuche ich immer, das in den Kontext der Zeit zu setzen und schaue mir an: Wann ist wer Mitglied welcher politischen Bewegung geworden? Und Sie, Frau Bürgermeisterin, Sie sind 1983 Mitglied der KPÖ geworden. Jetzt machen wir den Vergleich, wenn heute jemand der KPÖ beitrifft, könnte man sagen, gut, ok, Sie stellen den Bürgermeister, die Bürgermeisterin in Graz, da gibt es Karrierechancen, die tun in gewissen Bereichen ja was Gutes, da trete ich bei. Aber welchen Grund hat es gegeben, 1983 der KPÖ beizutreten? Das war ja der absolute Tiefpunkt der KPÖ. Ich habe mich wirklich mit Ihren Wahlergebnissen beschäftigt, danach ist es mit Ernest Kaltenegger dann wieder nach oben gegangen. Der ist dann zu dieser Zeit in den Gemeinderat gekommen. Da war eigentlich die Partei am Boden, aber außerhalb von Österreich, und gar nicht einmal so weit, naja da hat es den Kommunismus in Reinkultur gegeben. Ich muss Ihnen jetzt nicht erzählen, wer hier in Europa, und da rede ich von Europa, am Ruder war, das waren nicht die feinen Herrschaften, mit denen Sie sich gerne schmücken, aber gut, ok. Schauen wir uns die einzelnen Proponenten an, wir haben sie in diese Erklärung mitaufgeschrieben. Das waren damals alles Vertreter, vielleicht nicht alle 1983, aber die waren da alle noch aktuell, aktueller als es heute war, und deswegen hat ja auch damals die SPÖ, muss man sich vorstellen, eine Erklärung abgegeben, mit der KPÖ niemals zu koalieren, natürlich auch deswegen, weil sie Verluste befürchtet haben, aber man hat damals diese Erklärung gefasst. Die ist jetzt natürlich aufgehoben, man kann sich halt alles zurechtbiegen.

Jedenfalls damals waren einige dieser Proponenten in dem Antrag noch aktuell, haben noch herumgewirbelt. Und da hat es auch die RAF in Deutschland gegeben, wo man sagen muss, die hat viele, viele Menschen umgebracht, weil sie eben das, was Sie ja auch verwirklichen wollen, mit Gewalt durchsetzen wollten. Und ich habe mir jetzt gedacht, damit wir in den kommenden Jahren gut zusammenarbeiten können, also überall, dort wo es sinnvoll ist, könnten wir doch einmal alle gemeinsam uns von diesen Sachen distanzieren, weil, ich sage, ich habe mit dem allen da kein Problem, dass ich mich davon distanzieren, mit den Herrschaften habe ich schon ein Problem, aber damit habe ich kein Problem, und ich denke, wenn man schon sich mit der Menschenrechtsstadt schmückt, mit diesem Titel, dann sollte man das auch zustande bringen. Weil im Endeffekt die Menschenrechte sind etwas sehr, sehr Schönes, auch wenn manche hier eine falsche Sicht auf die einzelnen Bestandteile dieser Menschenrechte haben, aber die Menschenrechte sind etwas sehr, sehr Schönes. Und in all diesen kommunistischen Ländern, wo der Kommunismus in Reinkultur vorherrschend war, da hat es diese Menschenrechte schlichtweg nicht gegeben, auch wenn, bitte lassen Sie sich nicht täuschen, wenn Sie die Stalin-Verfassung lesen, ja ist drinnen gestanden: Jeder Mensch hat ein Recht auf Essen. Naja, reinschreiben kann ich sehr viel, in der Realität war das dann nicht so. Deswegen bitte ich hier um breite Zustimmung zur Dringlichkeit und auch zur Thematik, und dann können wir gut zusammenarbeiten überall dort, wo es sinnvoll ist (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Am 9. Oktober 2021 eröffnete die Kleine Zeitung ein weiteres Kapitel des alten Buches „KPÖ-Politiker und ihre besorgniserregende Nähe zu kommunistischen Diktatoren und deren Menschenrechtsverletzungen“. Anlassfall für die Berichterstattung in der Kleinen Zeitung war ein Interview, welches Elke Kahr der kroatischen Tageszeitung „Jutarnji list“ („Morgenblatt“) gegeben hatte. Darin wird Bürgermeisterin Kahr wie folgt zitiert: „Tito ist mein Vorbild“ (Josip Broz Tito, Diktator von Jugoslawien zwischen 1945 und 1980).

Zudem wird Bürgermeisterin Kahr in diesem Interview eine „nostalgische Verehrung“ und Affinität zu den Partisanen attestiert. Im Büro und bei Veranstaltungen grüßen sich die Grazer Genossen einander als „Kameraden“ und mit geballter, hochgereckter Faust. Und es wird noch pathetischer – denn gefragt nach dem Grund für all diese Verehrungen eines Diktators antwortet Bürgermeisterin Kahr: „Weil ich Tito sehr geliebt habe.“

Dass unter Titos Herrschaft zehntausende Staatsfeinde von der jugoslawischen Geheimpolizei eingesperrt, gefoltert und getötet wurden, tut dieser Liebe scheinbar keinen Abbruch und rechtfertigt Bürgermeisterin Kahr diese Massenmorde und Menschenrechtsverletzungen mit den Worten: „Er hat nicht alles im Griff gehabt“. Euphemistisch werden die unzähligen Gräueltaten von Kahr zu „Entwicklungen, die nicht erfreulich sind“, reduziert. Bekräftigt wird von Kahr auch: „Es war nicht alles in Ordnung, aber es war kein Unrechtsstaat.“

Vorangegangene Zitate zeigen deutlich, welche demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Ansichten sich hinter dem freundlichen Gesicht der KPÖ-Parteichefin und Bürgermeisterin Elke Kahr verbergen. Werden diese demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Ansichten dann ans Licht gezerrt, gibt es von ihr und ihren Kollegen – siehe die Causa rund um den weißrussischen Regimeaktivisten Werner Murgg! – zarte Dementi und sanfte Distanzierungen, doch bleibt der Eindruck bestehen, dass die KPÖ bei den unzähligen Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, gerne ein Auge zudrückt und auch die rund 100 Millionen Toten weltweit, die dieser grausamen Ideologie zum Opfer fielen, gerne vergisst.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Alle Gemeinderatsfraktionen distanzieren sich unmissverständlich von den vielfachen im Namen des Kommunismus begangenen Gräueltaten, Massenmorden und Menschenrechtsverletzungen.*
- *Wohlwollende Äußerungen über diverse kommunistische Regime und Diktatoren werden durch die Gemeinderatsfraktionen aufs Schärfste verurteilt und haben in der Menschenrechtsstadt Graz keinen Platz. Im Besonderen werden nachstehende namentlich genannte Diktatoren und die von ihnen etablierten politischen Systeme als Unrechtsregime bezeichnet:*
- *Erich Honecker sowie sämtliche weitere Vertreter der DDR*
- *Ernesto „Che“ Guevara, Fidel Castro sowie sämtliche weitere Vertreter des kubanischen Regimes*
- *Hugo Chávez, und dessen Nachfolger Nicolás Maduro sowie sämtliche weitere Vertreter des venezolanischen Regimes*
- *Josip Broz Tito und sämtliche weitere Vertreter des kommunistischen Jugoslawien*
- *Josef Stalin, Wladimir Lenin und sämtliche weitere Protagonisten und Chefideologen der Sowjetunion*
- *Kim Il-sung und sämtliche weitere Vertretern dessen Regimes*
- *Mao Zedong sowie sämtliche weitere Vertreter seines kommunistischen Regimes*

- *Nicolae Ceausescu und sämtliche weitere Vertreter dessen Regimes*
- *Des Weiteren distanzieren sich die Gemeinderatsfraktionen von sämtlichen im Namen der kommunistischen Ideologie begangenen Gräueltaten und Terrorakten, insbesondere von jenen verübt durch die Rote-Armee-Fraktion (RAF), und verurteilen die Ausübung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ideologien aufs Schärfste.*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Besten Dank. Sie haben jetzt den Antragstext selbst eigentlich gar nicht vorgelesen, wahrscheinlich, weil er Ihnen selbst nicht ganz schlüssig ist. Aber gibt es zur Dringlichkeit Wortmeldungen?

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, werte Damen und Herren im Saal und im Livestream, sehr geehrter Herr Klubobmann Pascuttini. Also es gelingt uns immer wieder einmal, Ihnen eine Freude zu machen, vielleicht gelingt es mir jetzt auch. Zum Wahlkampfauftakt am Donnerstag dem 29. April in der Gemeinderatssitzung gab es einen Dringlichen seitens der ÖVP, der mich gewissermaßen erinnert. Ich habe auch damals ausführlich geantwortet. Heute, nachdem die Wahl vom 26. September über die Bühne gegangen ist, versuchen Sie ein recht durchschaubares Ablenkungsmanöver von aller Hand Dingen. Ich fasse mich kurz, um Ihnen zu sagen, warum dieser Antrag für uns nicht dringlich ist. Am letzten Wahltag haben die GrazerInnen zu einem recht beachtlichen Prozentsatz Leute gewählt, die sie sehr wahrscheinlich weniger für Sympathisanten von Folterknechten, Massenmördern und leidenschaftlichen Menschenrechtsverletzern halten, sondern wohl eher für ernsthafte, kompetente, wohlwollende und hilfsbereite Mandatäre und Mandatarinnen. Ganz kurz inhaltlich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Klubobmann, Elke

Kahr hat bereits mehrmals klargestellt, dass sie den zitierten Satz zur Jutarnji list nicht gesagt hat. Ein Blatt, über dessen Seriosität man ins Grübeln kommen kann, vor allen Dingen, wenn das Blatt Schlagzeiten erkennen lässt, wie etwas, wenn es um Sebastian Kurz als „Baby-Hitler“ gegangen ist, so wurde er bezeichnet. In zahlreichen Publikationen und auch in unseren Programmen hält die KPÖ seit Langem fest, dass wir die Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, zutiefst ablehnen. Bei wirklichem Interesse, wie ich das auch schon im April gesagt habe, können Sie das auch nachlesen. Zuletzt haben wir im Zuge der Sondierungsgespräche, wie Sie wissen, nach der Wahl, ausführlich auf 30 Fragen der ÖVP geantwortet, selbstverständlich sind auch diese verschriftlicht. Aber egal, wie und was man Ihnen antwortet, Ihnen geht es ja um etwas anderes, wechseln Sie bitte Ihr politisches Kleingeld wo anders. Ich darf Ihnen hiermit zwei Dinge versprechen, erstens, wir werden uns weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen und so professionell als möglich um die praktischen kommunalpolitischen Angelegenheiten kümmern und um möglichst rasche Hilfe, wenn es um akute Sorgen oder Leid bei den Menschen in dieser Stadt geht. Im idealsten Fall mit der ernsthaften Unterstützung aller Mandatare und Mandatarinnen zum Wohle aller Grazer. Zweitens, sollte es wieder einmal nötig sein, dann werde ich mich noch kürzer fassen, versprochen, wie gesagt, nicht dringlich, weil schon im April behandelt. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Frau Vorsitzende, zu Ihrer Aussage, warum ich das nicht vorgelesen habe. Ich hoffe doch, dass Sie sich das im Vorhinein schon gut durchgeschaut haben. Und ich erkläre Ihnen das lieber, was meine Beweggründe waren, dass ich sowas verfasse, als dass ich hier einfach stupide noch einmal alles vorlese. Und zu den Worten von der Kollegin, die das jetzt erklärt hat. Ich habe mir damals den Antrag der ÖVP sehr genau angesehen und auch im Protokoll ein bisschen nachgelesen, zufriedenstellend ist das nicht, weil man kann sich ja einfach von diesen ganzen Dingen distanzieren. Da fällt Ihnen kein Zacken aus der Krone. Und Sie sehen ja, Marx steht nicht drinnen, Engels

steht nicht drinnen. Die Ganzen, wo ich sage, das sollen halt Ihre Ideologen sein, ist ja in Ordnung, stehen eh nicht drinnen. Es steht ja nur die Crème de la Crème der Bösewichte, die sind da drinnen zu finden, und von denen wollen Sie sich nicht distanzieren. Auch von der RAF will man sich nicht distanzieren, weil irgendwie war es ja doch toll, weil man da mit Gewalt gegen die Banker ausgeritten ist und möglichst viel gegen den Kapitalismus, auch mit Gewalt, unternommen hat. Das ist halt leider das, was ich das letzte Mal schon festgestellt habe, dass unter diesem sehr netten Gesicht, und ich weiß jetzt nicht, bei wem genau, aber bei einzelnen Proponenten schlummert halt doch irgendwo diese Nostalgie und diese Vergangenheitsversessenheit, wo man sagt, naja, das war ja nicht so schlimm mit der RAF etc. Das ist das Problem, weil man könnte dem einfach zustimmen, es sind Gemeinderatsfraktionen eingeladen, sich davon zu distanzieren. Das wäre ja ein Leichtes, aus meiner Sicht. Aber wir werden sehen, wie die Abstimmung ausgeht (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

8.6 Impfzwang (GR Mag. Michael Winter, FPÖ)

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Dringlicher Antrag unsererseits gegen den drohenden Impfzwang von Seiten der Bundesregierung. Was haben wir alle gemeinsam in den letzten rund eineinhalb Jahren seit dem Ausbruch der Pandemie miterleben müssen? Wir haben den größten Einschnitt, die größten Beschränkungen hinsichtlich Grund- und Freiheitsrechte in der Zweiten Republik miterleben müssen. Die Erwerbsfreiheit ist de facto abgeschafft worden. Die Reisefreiheit ist de facto abgeschafft worden. Die Freiheit, in diesem Land sich frei zu bewegen, ist uns

abgeschafft worden. Zwischenzeitlich ist uns sogar verboten worden, unsere Freunde zu besuchen und unsere Familie zu treffen. Und diese schwarz-grüne Bundesregierung geht jetzt hinsichtlich der Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte mit dem Impfwang in wenigen Wochen einen Schritt weiter, daher ist die Dringlichkeit dieses Antrages offensichtlich. Und für uns als Freiheitliche steht eines fest, so kann es und so darf es nicht weitergehen in diesem Land (*Appl.*).

Die schwarze Bundesregierung und ihr grüner politischer Wurmfortsatz kommen in keinster Weise zur Einsicht. Sie setzen die Politik, sie setzen diesen politischen Feldzug gegen die Freiheiten erbarmungslos und einsichtslos fort. Die veränderte Faktenlage, nämlich, dass die bestehenden Impfstoffe gegen diese neuartigen Varianten des Corona-Virus nur einen sehr geringen oder keinen Schutz bieten, dieses Faktum ignorieren sie. Und sie ignorieren auch die Stimmen aus den Expertenkreisen. Der Berliner Virologe und auch Berater der Deutschen Bundesregierung, Christian Drosten, hat es klar formuliert, wir haben keine Pandemie der Ungeimpften. Der Deutsche Grundrechtsexperte und Menschenrechtsaktivist Lysander Fremuth stellt die berechtigte Frage, ob unter diesen veränderten Bedingungen die Karten nicht völlig neu gemischt werden müssen. Univ.-Prof. Bezemek von der KF-Uni Graz hält inhaltlich fest, dass mit diesem Fehlen der Effektivität, gemeint ist die Effektivität der Impfung, die Verhältnismäßigkeit fehlt und infolgedessen Grundrechtseinschränkungen verfassungsrechtlich nicht möglich sind. Erfreulicherweise, auch wenn es heute bereits von Stadtrat Krotzer dementiert worden ist teilweise, hat sich sowohl Bürgermeisterin Kahr als auch der Herr Stadtrat mehrfach kritisch zur Impfpflicht geäußert. Das begrüßen wir sehr und wir laden Sie ein, heute Nägel mit Köpfen zu machen und unserem Antrag gegen diese Impfpflicht zuzustimmen. Hoher Gemeinderat, die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und diese veränderten Rahmenbedingungen bezüglich der neuen Corona-Varianten sprechen gegen eine Impfpflicht. Und um es auf den Punkt zu bringen, diese Impfpflicht ist nicht nur ein medizinischer Unsinn, sie ist auch ein politischer und verfassungswidriger Unsinn, und diesen werden wir bekämpfen. Folglich ergeht von Seiten der FPÖ der

dringliche Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird am Petitionswege aufgefordert, von der Einführung eines allgemeinen Impfbzwangs abzusehen. Dies insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass – wie im Motivenbericht ausgeführt – ein Impfbzwang mit den aktuell vorhandenen Impfstoffen nicht zur Erreichung des Ziels des Gesundheitsschutzes und des Schutzes der Rechte anderer geeignet ist, da die derzeit verfügbaren Impfstoffe keinen oder einen nur sehr geringen Schutz gegen neue Varianten des COVID-19-Virus bieten. Ich bedanke mich (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Mit Stand 15.12.2021 haben 72,7% der Gesamtbevölkerung Österreichs mindestens eine Impfdosis erhalten. Die ÖVP-geführte Bundesregierung möchte nun mittels Impfbzwang die übrige, noch nicht geimpfte Bevölkerung zur Impfung zwingen. Es stellt sich jedoch die berechtigte Frage, ob der Impfbzwang überhaupt zur Erreichung des Ziels des Gesundheitsschutzes und des Schutzes der Rechte anderer geeignet ist, wo sich doch in den letzten Wochen abgezeichnet hat, dass die aktuell vorhandenen und auch im Gesetzesentwurf erwähnten Impfstoffe gegen neue Varianten des COVID-19-Virus keinen oder nur einen geringen Impfschutz gewähren.

Hinsichtlich der Frage, ob ein Impfbzwang – unter Verwendung der aktuell zur Verfügung stehenden Impfstoffe -zur Erreichung des Ziels des Gesundheitsschutzes und des Schutzes der Rechte anderer geeignet ist, haben sich in den letzten Tagen mehrere Gesundheits- und Rechtsexperten, unter anderem Univ. Michael Lysander Fremuth sowie Univ. Prof. Christoph Bezemek, kritisch geäußert:

Da es Hinweise auf einen reduzierten Impfschutz bei der neuen Mutation gibt, sei aktuell unsicher, ob die Impfpflicht die ideale Maßnahme in der Pandemiebekämpfung

sei, erklärte Grundrechtsexperte Michael Lysander Fremuth. Omikron könnte dafür sorgen, dass in dieser Debatte die Karten neu gemischt werden. Er könne nur zu den bisherigen Medienberichten Stellung nehmen, räumt Fremuth ein. Aber bei einem reduzierten Impfschutz bei der Omikron-Variante könne sich möglicherweise die Frage stellen, ob dieses Instrument überhaupt als Maßnahme zur Pandemiebekämpfung geeignet ist. „Das heißt, die Frage der Impfpflicht muss fortwährend geprüft und gegebenenfalls auch neu angepasst werden.“

(Auszug aus der Kronen Zeitung vom 10.12.2021) ¹

Auch Univ.-Prof. Christoph Bezemek, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität, äußert Bedenken zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Impfpflicht, wie der nachfolgende Ausschnitt aus einem Interview mit der Kleinen Zeitung vom 11.12.2021 zeigt:

Kleine Zeitung: *Mittlerweile kommen Bedenken, die neue Mutation Omikron könnte die Impfpflicht noch vor Beschluss aushebeln. Denn wenn die Impfungen nicht mehr entsprechend wirken, stimme die Verhältnismäßigkeit zwischen der Einschränkung von Rechten und dem notwendigen Schutz der Bevölkerung nicht mehr.*

Bezemek: *Diese Verhältnismäßigkeit ist immer unter dem Damoklesschwert des evidenzbasierten Vorgehens angesiedelt und dementsprechend auf eine kontinuierliche Evaluierung angewiesen, ob die verfügte Maßnahme, gemessen an verfolgten Zielsetzungen, insgesamt effektiv ist. Mit dem Fehlen der Effektivität fällt die Verhältnismäßigkeit.*

Kleine Zeitung: *Bestätigt sich also, dass Omikron die Impfungen austrickst, wäre die Impfpflicht dann damit auch hinfällig?*

¹ <https://www.krone.at/2576986>

Bezemek: *Wenn das naturwissenschaftliche Erkenntnisfundament wegfällt, auf dem die derzeitige rechtliche Überlegung basiert, dann sind die rechtlichen Schlussfolgerungen so nicht mehr aufrecht zu erhalten.*²

Erfreulicherweise haben sich in den letzten Wochen sowohl Bürgermeisterin Elke Kahr als auch Stadtrat Robert Krotzer mehrfach gegen eine Impfpflicht ausgesprochen (siehe Medienberichterstattung vom 7. Dezember 2021:

<https://steiermark.orf.at/stories/3133497/>, <https://www.heute.at/s/kpoe-stadtrat-spricht-sich-gegen-impfpflicht-aus-100177719>, sowie vom 24.11.2021, <https://www.krone.at/2564161>).

Angesichts der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und den aktuell grassierenden neuen Varianten des Covid-19-Virus, gegen welche die aktuell vorhandenen Impfstoffe keinen oder einen nur sehr geringen Impfschutz gewähren, ist die Einführung einer Impfpflicht keinesfalls zur Erreichung des Ziels des Gesundheitsschutzes und des Schutzes der Rechte anderer geeignet, damit auch verfassungswidrig.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird am Petitionswege aufgefordert, von der Einführung eines allgemeinen Impfwangs abzusehen. Dies insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass – wie im Motivenbericht ausgeführt – ein Impfwang mit den aktuell vorhandenen

² https://www.kleinezeitung.at/international/corona/6072759/Interview_Rechtsexperte-Bezemek-zur-Impfpflicht_Wir-erleben-eine

Impfstoffen nicht zur Erreichung des Ziels des Gesundheitsschutzes und des Schutzes der Rechte anderer geeignet ist, da die derzeit verfügbaren Impfstoffe keinen oder einen nur sehr geringen Schutz gegen neue Varianten des COVID-19-Virus bieten.

StR Mag. **Krotzer:**

Danke an die Kolleginnen, die uns das hier so wunderbar desinfiziert halten. Sehr geehrter Herr Antragsteller, ich darf vorweg sagen, dass das Thema der Impfpflicht, da muss man nämlich auf aufpassen, das Thema der Impfpflicht für die KPÖ Graz jedenfalls ein dringliches ist, wenngleich wir Schwierigkeiten haben mit dem im Motiven- und im Antragstext aufgestellten Behauptungen, die die Bedeutung der Covid-Impfung in Abrede zu stellen versucht. Die Covid-Schutzimpfung, davon sind wir überzeugt, ist das wichtigste Instrument in dieser Pandemie, die unsere Gesellschaft schon viel zu lang im Griff hat. Die Impfungen senken die Gefahr schwerer Krankheitsverläufe, minimieren Infektiosität und verhindern, gerade wie in der jetzigen oder der vorangegangenen dramatischen Infektionswelle, unsagbares menschliches Leid, viele weitere Todesfälle und noch jedenfalls eine Überlastung unsers Gesundheitswesens. Ich habe heute in der Fragestunde schon ein bisschen darauf eingehen dürfen, was wir in den vergangenen Monaten der vielfachen Organisation von niederschweligen Impfangeboten für Erfahrungen gemacht haben, wo wir vielfach die Erfahrung gemacht haben, dass eben gerade das direkte Gespräch, der unmittelbare Austausch, die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen, dass man da sehr viele Ängste und Sorgen nehmen kann. Dass das auch die Bereitschaft zur Impfung durchaus heben kann, dass das mitunter auch dazu führt, dass, wenn die Nachbarin, wenn der Arbeitskollege sich impfen lässt und man sieht, das hilft, das wirkt und all die mitunter auch verbreiteten Schauermärchen treffen nicht ein, dass das mitunter auch mehr überzeugt als der erhobene Zeigefinger, den wir auch dort und da sehen und wo ich nicht davon überzeugt bin, wie hilfreich er ist. Gleichzeitig stehe ich nach wie vor dazu, dass ich die Impfpflicht für keine adäquate Lösung halte, dass ich sie insbesondere hinsichtlich dessen, dass sie mehr Druck erzeugt, dass sie die Gefahr mit sich bringt,

dass sich Menschen in eine Ecke gedrängt fühlen, dass wir hier große Probleme haben. Ich habe aus diesem Grund auch immer wieder vorgeschlagen, dass sozusagen diese Impfbriefe verschickt werden sollen mit einem konkreten Termin. Wie ich schon ausführen habe dürfen, ist das mittlerweile erfolgt. Ich hoffe, all diese Angebote werden dann entsprechend angenommen, sodass wir auch nicht zu diesem Mittel greifen müssen, da halte ich es auch mit dem Europadirektor der Weltgesundheitsorganisation WHO, wo hier zusammengefasst ist, die Weltgesundheitsorganisation hat dazu aufgerufen, eine Corona-Impfpflicht nur als letztes Mittel im Kampf gegen die Pandemie in Betracht zu ziehen. Vorschriften zu einer Impfpflicht sind ein absolut letztes Mittel und nur anzuwenden, wenn alle anderen machbaren Optionen zur Verbesserung der Impfkaktivität ausgeschöpft wurden. Jetzt kann man lange darüber diskutieren, was in den letzten Wochen und Monaten ausgeblieben ist, dafür ist jetzt auch nicht mehr der Raum, aber ich glaube, wir alle haben ein Bild von dem, was nicht gemacht worden ist. Der Punkt ist letztendlich aber der, wenn dieses Gesetz tatsächlich so kommt, es ist ja jetzt ein Entwurf da, dann wird das die Stadt Graz natürlich vor eine Vielzahl an Fragestellungen stellen und diesen müssen wir uns in aller Seriosität widmen und diese Fragestellungen aufwerfen, und von daher ist aktuell auch unter Federführung der Präsidualabteilung in Abstimmung mit dem Krisenstab, mit allen Abteilungen der Stadt, die damit befasst sind, sozusagen werden diese Punkte gesammelt, damit es dann auch eine entsprechende Stellungnahme der Stadt Graz zu diesem Gesetzesentwurf gibt, das ist in Arbeit. Vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen, die damit befasst sind. Und mit diesem Thema wollen wir uns dann auch in einer Stadtregerungssitzung befassen, in diesem Sinne wird dann auch die Frau Gemeinderätin Maike Manecke einen entsprechenden Abänderungsantrag einbringen. Dankeschön (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream, oder auch Zuschauer, wenn Sie sich das Bild auch noch geben,

lieber Herr Gemeinderat Winter. Danke, für den dringlichen Antrag, der jetzt nebst der Bundesregierung im Landtag und auch schlussendlich bei uns im Gemeinderat angekommen ist und der uns dann natürlich auch Gelegenheit gibt, einiges klarzustellen. Wobei ich eingangs auf den zuständigen Stadtrat Krotzer eingehen möchte. Ich bin jetzt nicht ganz schlau geworden in deiner Wortmeldung, du hast zuerst zur Impfpflicht ein Ja, dann, nach ein paar Sätzen, hast du wieder gemeint, das wäre nicht der richtige Weg ...

*Zwischenruf StR Mag. **Krotzer**: Nein, das stimmt nicht.*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**:

... hast dann auf die WHO hingewiesen und gemeint, dass die empfohlen hat, das wäre das letzte Mittel. Und zu deiner Wortmeldung möchte ich nur sagen, du hast genug Zeit gehabt, dahingehend deine Angebote auszulegen, hast es nicht gemacht und somit stehen wir beim letzten Mittel, der Impfpflicht. Aber jetzt zum Dringlichen der FPÖ. Ihr gebt euch ständig als abendländisch geprägte Leitkultur, welche Europa geistig und kulturell ausmache, und da möchte ich Ihnen, lieber Herr Winter, schon sagen: Europa, wie wir es heute kennen und schätzen, mit Ausnahme der europakritischen KPÖ vielleicht, ist ohne Aufklärung und vor allem ohne die Anerkennung der Wissenschaft durch demokratische Regierungen gar nicht denkbar. Und es ist neben Ihrer ohnehin schon perfiden Corona-Politik auch besonders verwerflich, dass Sie in diesem dringlichen Antrag, der ja ohnehin nur durch das Verhalten der FPÖ dringlich geworden ist, auch noch Wissenschaftler zitieren, die Ihnen vermeintlich das Wort reden (*Appl. KPÖ, Grüne*).

Tatsache ist, wenn es für Sie in irgendeiner Weise politisch nutzbar wäre, würde die FPÖ wahrscheinlich auch einen Freiheitskampf gegen die Schwerkraft führen (*Gelächter und Appl.*).

In Ihrem Antrag zitieren Sie Univ. Prof. Michael Lysander Fremuth und lassen ihn sagen, dass ein reduzierter Impfschutz gegen die Omikron-Variante zur Folge hätte, dass eine Impfpflicht gegebenenfalls neu angepasst werden müsse. Was Sie dabei natürlich unterschlagen, ist, dass jener Prof. Fremuth in einem Standard-Gastartikel weiterführend festhält, und ich zitiere: „Allerdings verfestigt sich der Wissensstand dahingehend, dass eine Impfung weiterhin jedenfalls schwere Krankheitsverläufe verhindert. Folglich dient eine Impfpflicht nach heutigem Wissenstand weiterhin dem Schutz von Leib und Leben sowie der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems.“ Anhand dieses Beispiels verdeutlicht sich einmal mehr, wie Sie diese weltweite Gesundheitskrise für Ihre niederen, billigen und einer reinen Parteitaktik geschuldeten Motive missbrauchen (*Appl.*).

Sie hetzen und wiegeln die Menschen seit Monaten auf, Sie verbreiten Fake-News, Sie schrecken nicht davor zurück, Tiermedizin als Corona-Heilmittel anzubieten und zu empfehlen, Sie finden gar nichts dabei, wenn Ihr Parteiobmann Kickl eine Bühne mit rechten Verschwörungstheoretikern und Obskuranten teilt. Sie applaudieren, wenn eine Abgeordnete die Ärzteschaft, die sich bis zur Erschöpfung in dieser Krise verausgabt, verunglimpft, und haben jetzt auch noch die Dreistigkeit, den Grazer Gemeinderat mit diesem Unfug zu behelligen (*Appl.*).

Die Wahrheit ist, dass sich diese Impfpflicht niemand gewünscht hat, die Wahrheit ist aber auch, dass erst das verantwortungslose Verhalten der FPÖ dazu geführt hat, dass man zu so einer Maßnahme überhaupt greifen muss. Deshalb ist es von besonderer politischer Verderbtheit, zuerst alles dafür zu tun, Corona zu verharmlosen, die Menschen zu verunsichern und ihnen Angst gegen den einzigen Schutz einzupfufen und dann auch noch die Frechheit besitzt, als Freiheitskämpfer gegen die Impfpflicht aufzutreten (*Appl.*).

Ja, die Impfpflicht ist eine Einschränkung. Ja, die Einschränkungen eines Lockdowns sind für eine freie Gesellschaft kaum erträglich, das haben wir alle gespürt, und nicht nur wir, auch unsere Kinder, unsere Großeltern, die Wirtschaft, alle Möglichen, die sich in den Krankenhäusern um jene Kranken kümmern. Es hat jeden betroffen, von Klein bis Groß, von Jung bis Alt. Beinahe ein Treppenwitz wird es, wenn die FPÖ der KPÖ,

namentlich Gesundheitsstadtrat Krotzer und Bürgermeisterin Kahr, nun in diesem Antrag explizit Dank und Anerkennung für den gemeinsamen Kampf gegen die Impfpflicht ausspricht, weil diese nun in diversen Interviews nicht nur, wie gewohnt, alle Verantwortungen in heiklen Themen abschieben, sondern tatsächlich inhaltlich mit der FPÖ einhergehen. Das ist leider nicht minder fragwürdig als das Vorgehen der FPÖ in dieser Frage. Als Bürgermeisterin und vor allem als Gesundheitsstadtrat hätten Sie schon Gesamtverantwortung übernehmen müssen und sich nicht auf vermeintliche kommunale Zuständigkeiten zurückziehen dürfen. Daher ist für uns klar, dass wir dieser gemeinsamen Linie der politischen Ränder weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen können. Und wir werden in weiterer Folge, sollten wir darüber noch diskutieren müssen, auch dem Abänderungsantrag nicht zustimmen. Dankeschön (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) angenommen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Klubobfrau Gmeinbauer. Sie haben hier jetzt einige harte Worte gefunden. Die politischen Ränder haben sich hier zusammengefunden, Sie haben die Verderbtheit angesprochen und die Extremen. Und jetzt habe ich für Sie eine schlechte Nachricht, eine wirklich schlechte Nachricht, diese Verderbtheit, diese politischen Ränder, diese Extremen, die sind bereits in Ihrer Partei, zuhauf sind in Ihrer Partei, Frau Kollegin. Volkart Kienzl, sagt Ihnen der etwas? Ein erfolgreicher Vizebürgermeister in Fohnsdorf, der sitzt dort nämlich noch als Vizebürgermeister, ist bei Ihnen hier nicht mehr der Fall. Der ist erfolgreich, der ist bei ist bei den Leuten draußen, und der sagt, ich lese es Ihnen vor, die ist nicht von Herbert Kickl, die folgende Wortmeldung, ist von einem ÖVPLer, einem Vizebürgermeister in der Parteizeitung, also da stehen mehrere dahinter: „Wortbruch. Die Unehrlichkeit in der Politik. Ich bin entsetzt, schockiert, fassungslos, und mir fehlen die Worte. Um es auszudrücken, welche unehrlichen Weg die Politik in der

Pandemiebekämpfung eingeschlagen hat.“ Nicht Herbert Kickl, der hat etwas Ähnliches geschrieben, ich habe rausgesucht, ist aber nicht gleich, und der Herr Volkart Kienzl sagt sowas. Unfassbare Zustände in der ÖVP, da müssen Sie ausrücken zum Landesparteipräsidium. Zu Ihnen, Herr Kollege Krotzer, wir haben da wirklich in unserem Antrag nur Experten zitiert, die uns nicht nahestehen, die das einfach in Interviews wiedergegeben haben, was einfach die rechtliche Sichtweise ist, wenn man in Verfassungsrechte eingreift. Es muss ein geeignetes Mittel sein. Naja, die Tetanusimpfung hilft gegen Tetanus, gegen Covid wäre eine Tetanusimpfpflicht wenig hilfreich, wäre nicht geeignet. Und mit Impfstoffen, die nur zu einem gewissen Prozentsatz helfen, da weiß auch niemand genau zu welchem Prozentsatz eine Impfung jetzt wirklich hilft gegen die neuen Varianten. Diese Impfpflicht dann durchzusetzen, das ist kein geeignetes Mittel. Und ich kann eines sagen, ich bin selbst geimpft. Ich habe mich sehr früh impfen lassen, auch mit AstraZeneca, und da kann ich Ihnen eines sagen: Was ist mir alles versprochen worden, auch vom ehemaligen Bundeskanzler? Da hat es eine super Profil-Ausgabe gegeben, auf uns kommt eine coole Zeit zu, die Pandemie ist vorbei. Weder war die Zeit cool, noch ist die Pandemie vorbei. Mit dem Herrn Bundeskanzler ist es vorbei. Aber es ist einfach nicht gehalten worden, was versprochen wurde. Es ist die Pandemie vorbei, wenn wir uns alle durchimpfen lassen. Was passiert jetzt, wenn wir uns alles durchimpfen lassen und die Zahlen steigen trotzdem? Wie es in den Ländern der Fall ist, die hohe Durchimpfungsraten haben wie in Israel. Naja, gut, dann impfen wir halt ein viertes Mal und ein fünftes Mal, so lange ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

... aber es hilft ja eben nichts. Nehmen Sie eine Medikamentation, wo Sie sagen, besser wird es nicht, aber nehmen sie halt und öfters, am Morgen und am Abend oder

vielleicht dreimal? Das ist einfach off label. Sie wissen hier nicht, was Sie tun. Und deswegen sage ich, ja, die Freiheitliche Partei trägt die Maßnahmen, die sinnvoll sind ja mit. Wenn man sagt, den Abstand einzuhalten, das ist in einer Grippezeit auch vernünftig; sich die Maske aufzusetzen, wenn besonders gefährdete Gruppen im Raum sind, ja da kann ich auch mitgehen. Bei all dem anderen Unsinn aber, der verzapft wird, da kann ich nicht mitgehen. Und ich bin hoffentlich, also morgen schlage ich die Zeitung auf und hoffe, dass diese ganzen politischen Ränder in der ÖVP beseitigt worden sind. Oder hat man Angst, dass es sehr, sehr viele mehr sind und die Partei dann droht zu zerbrechen? Weil das ist Bild, das ich habe, wenn ich auch zur ÖVP raushöre (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Manecke:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuseherInnen, das Thema der Impfpflicht ist durchaus ein Dringliches, das ist auch das, was Stadtrat Mag. Krotzer gesagt hat. Das Thema ist ein Dringliches, dem Inhalt des Antrages von der FPÖ können wir allerdings so nicht zustimmen. Die Schutzwirkung einer Mehrfachimpfung wurde in vielen Studien belegt und sehen wir auch tagtäglich in den Grazer Spitälern. Eine hohe Durchimpfungsrate ist dementsprechend erstrebenswert. Wie man diese erreicht, dazu gibt es verschiedene Ansätze. Eine breite Aufklärungsarbeit für jüngere Menschen, zumeist gesunden, welche, die noch keine Hausärztin, keinen Hausarzt, ängstliche Menschen, die mit Medien gar nicht erreichbar wären, die in sozial-problematischen Umfeldern leben oder anderen kulturellen Hintergrund haben, ist notwendig. Wie bereits Stadtrat Mag. Robert Krotzer ausgeführt hat, wirft der Gesetzesentwurf zur Impfpflicht einige Fragen auf. Wenn ein Staat eine Impfung zur Pflicht macht, dann ist er selbst in der Pflicht, diese gut zu organisieren. Daher bringen wir als KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

Abänderungsantrag

ein:

Unter Federführung der Präsidialabteilung der Stadt Graz sollen, in Abstimmung mit dem Krisenstab, allen mit der Umsetzung des Gesetzes befassten Abteilungen sowie der Magistratsdirektion alle Punkte, die insbesondere die Arbeit des Magistrats betreffen, in einer Stellungnahme der Stadt Graz zum Gesetz zusammengefasst und die Übermittlung an die Bundesregierung veranlasst werden. In der nächsten Stadtregierungssitzung wird das Thema unter Beiziehung befasster AmtsleiterInnen diskutiert.

Das wäre der Abänderungsantrag. Zum Schluss möchte ich aber noch betonen, dass die Impfung funktioniert und unser wirksamstes Mittel im Kampf gegen die Pandemie ist. Sie schützt uns und unsere Mitmenschen, wie auch ich als Ärztin unter anderem auf der Covid-Station täglich erleben kann. Dies möchte ich nochmals betonen und bitte jeden und jede, die noch nicht geimpft sind, sich impfen zu lassen. Vielen Dank (Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Unter Federführung der Präsidialabteilung der Stadt Graz sollen, in Abstimmung mit dem Krisenstab, allen mit der Umsetzung des Gesetzes befassten Abteilungen sowie der Magistratsdirektion alle Punkte, die insbesondere die Arbeit des Magistrats betreffen, in einer Stellungnahme der Stadt Graz zum Gesetz zusammengefasst und die Übermittlung an die Bundesregierung veranlasst werden. In der nächsten Stadtregierungssitzung wird das Thema unter Beiziehung befasster AmtsleiterInnen diskutiert.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Eigentlich habe ich mich schon verabschiedet von dem Thema, aber der Herr Klubobmann Kollege Pascuttini hat mich noch einmal herausgelockt mit seiner Wortspende (*Gelächter im Saal*). Wenn du meinen Kollegen Vizebürgermeister zitierst, ja, wir sind nicht alle einer Meinung in unserer Partei. Auch hier gibt es Demokratie und auch wir dürfen unsere Meinung frei kundtun, da werden wir nicht eingesperrt. Und ihr seid ja auch teilweise geimpft und trotzdem rennt ihr auf die Straße und wehrt euch dagegen, also kannst du das jetzt nicht als Beispiel ...

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das ist freie Entscheidung.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

... ja, freie Entscheidung, da habt ihr schon Recht, aber trotzdem, ihr habt auch in eurem Antrag angesprochen, was alles passiert ist in der Pandemie, und ich habe es ja auch kurz angesprochen. Und wenn wir heute im Lockdown sind und wir nicht arbeiten gehen dürfen und wir Selbstständigen nicht mehr wissen, wie wir weitertun sollen und ob wir neuerlich aufsperrern können, und wenn wir uns die Arbeitsmarktsituation anschauen, wenn wir uns in den Schulen anschauen, wie die Kinder leiden, wie die Eltern zuhause leiden und welche Sorgen sich da auftun, und wenn du genau gelesen hast, im Budgetprovisorium haben wir aufgestockt für Menschen mit psychischen Problemen, die durch die Pandemie entstanden sind. Das heißt, das Thema ist auch bei uns hier am Tisch angekommen. Und wenn du jetzt von einer Spaltung der Gesellschaft sprichst, dann möchte ich dich aufmerksam machen, dass jene Gesellschaft, die bereits geimpft ist, und das sind zwei Drittel, jenen gegenüber die noch nicht geimpft sind, wir sind leise, wir schreien bis dato nicht auf der Straße, und sagen: So eine Frechheit. Das seid ihr, und ihr verstärkt den Keil mit diesen Maßnahmen. Und wenn ich mir so wie gestern diese Demonstration in der Herrengasse nur aus der Weite beobachtet habe,

es ist wirklich inzwischen unerträglich, hat null Stil und wer laut schreit, hat nicht Recht (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Klubobfrau. Ich habe ja nicht über die Spaltung der Gesellschaft gesprochen, sondern über die Spaltung der ÖVP, das möchte ich einmal klarstellen. Und mir ist es nur darum gegangen, dass du alle, die einer anderen Meinung sind, so wie es ja auch gut ist, und ich entschuldige mich auch nicht, ich habe ja nichts Falsches gesagt, ich habe nur das angesprochen, wenn es verschiedene Meinungen gibt in der ÖVP, dann ist das ja etwas Gutes, aber du hast vorhin alle, die anders denken, als politische Ränder etc. diffamiert. Also für dich ist es so, wenn jemand in der ÖVP eine andere Meinung hat, dann ist das gut, aber wenn jemand außerhalb der ÖVP eine andere Meinung hat, dann ist das schlecht, das ist ein bisschen kurios. Zum Abänderungsantrag habe ich schmunzeln müssen, wie ich das gelesen habe, da steht „unter Federführung der Präsidentialabteilung der Stadt Graz sollen“, dann steht da ein Text, „veranlasst werden“. Jetzt habe ich nachgeschaut, was heißt veranlassen: jemanden dazu bewegen, dass etwas Bestimmtes geschieht. Nur ist es halt so, dass die Ämter auf diese Idee, eine Stellungnahme zu dem Gesetz zu verfassen, das sie dann irgendwann vollziehen müssen, da sind sie selbst draufgekommen, da braucht es jetzt keinen Antrag im Gemeinderat, diese Stellungnahme ist mehr oder weniger fertig. Also ich verstehe nicht, wozu dieser Abänderungsantrag gut sein soll (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Besten Dank, weil wir Demokraten sind und wir uns in der Stadtregierung, auch gemeinsam mit Ihrer Stadtratskollegin, genau mit diesen Punkten dann dort auch befassen werden und beschließen werden.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Clubobfrau von der ÖVP. Wir sind erst am Beginn von dieser Periode und Sie werden mich noch kennenlernen. Ich bin ein Freund von klaren Worten und ich schätze auch klare Worte von politischen Gegnern. Jemand anderen mit politischem Unflat zu bewerfen ohne einen Hintergrund, kann nicht im Sinne dieses gesamten Hauses sein, das möchte ich nur noch einmal festhalten. Ich bin ein Freund der klaren Worte und Sie sollten auch diese klaren Worte wählen. Sagen Sie den Menschen, dass Sie weiterhin die Freiheiten ihnen rauben wollen, sagen Sie den Menschen, dass Sie ihnen weiterhin die Grundrechte rauben wollen und sagen Sie, dass Sie im Jänner bereits oder im Februar von Seiten der Bundesregierung weitere Lockdowns planen. Das sollten Sie den Menschen sagen, und dann wird die Sache ganz anders ausschauen. Wir sind nämlich in den letzten eineinhalb Jahren durch die Bank belogen worden. Wir sind belogen worden in dem Sinne, dass es geheißen hat, die Impfung sei der Game Changer, eine glatte Lüge. Wir sind belogen worden, dass für all jene, die geimpft sind, die Pandemie vorbei sei. Und wir sind auch belogen worden, Zitat Sebastian Kurz: „Die Impfung bleibt freiwillig, wir zwingen niemanden, wir leben in einem freien Land.“ Und jetzt steht der Impfzwang bevor und in diesem Zusammenhang, und das ist auch schon in Endeffekt mein Schlusswort, gibt es einen sehr, sehr interessanten und für die Gegenwart zutreffenden Gedanken vom 16. amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln: „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, und man kann das ganze Volk einen Teil der Zeit täuschen, was man aber nicht kann, ist das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.“ Und genau das ist das, was Sie leider Gottes betreiben (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke, für die Wortmeldung. Nachdem ich auch indirekt angesprochen wurde, möchte ich auch einfach nur eines klarstellen: Meinungsfreiheit herrscht selbstverständlich auch hier im Gemeinderat. Das war schon immer so und das wird auch in Zukunft so sein. Eines ist aber wichtig, und das ist ja das Dilemma, was in Wirklichkeit auch mein

Stadtratskollege angesprochen hat, Robert Krotzer, dass es wichtig ist, in bestimmten Punkten natürlich auch in der Kommunikation nach außen hin einheitlich an einem Strang zu ziehen, und eines ist in dem Haus in der Vergangenheit, und das ist auch künftighin, zumindest habe ich so alle Wortmeldungen wahrgenommen, niemand und zumindest mehrheitlich bis auf eine Partei sind wir zutiefst der Überzeugung, dass wir ohne dass sich die Menschen impfen lassen, wir diese Pandemie nicht überwinden werden, und das wollte ich an dieser Stelle nur einmal festhalten.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

8.7 „Kopfverbot“ im Haus Graz (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Also wer schon länger in diesem Gemeinderat tätig ist, z.B. auch im letzten Jahr hier schon saß, der hat mitbekommen, dass dieser Antrag bereits einmal eingebracht wurde, nämlich bereits letzte Jahr im März. Da haben wir Neos bereits ein Kopfverbot gefordert, es wurde damals abgelehnt, bereits in der Phase der Dringlichkeit. Von wem? Natürlich von ÖVP und FPÖ, von dieser Koalition, die sich natürlich damit einen sehr lästigen Antrag quasi aus dem Weg geräumt hat. Für alle, die allerdings nicht wissen, was ein Kopfverbot überhaupt sein soll, möchte ich ganz kurz hier noch einmal in Erinnerung rufen. Das Kopfverbot besagt laut Medientransparenzgesetz, dass in entgeltlichen Veröffentlichungen nicht auf oberste Organe der Verwaltung gemäß Art. 19 B-VG hingewiesen werden darf. In diesem Sinne sind öffentliche Organe der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Bundesminister, Staatssekretäre, aber auch die Mitglieder der Landesregierungen. Nicht von diesem Kopfverbot erfasst waren damals die obersten Organe einer Stadt, wie die Stadt Graz z.B., also die Kommunalpolitiker, die Organe der Stadt bzw. der Gemeinden waren also von diesem

Kopfverbot gar nicht erfasst. Das hat damals im Jahr 2004 die Stadtregierung entsprechend geändert, indem sie die Richtlinie erweitert hat, von den Organen wie Bundespräsident, Bundeskanzler, auch auf die Organe der Stadt Graz oder der Kommunalpolitiker ausgeweitet hat. Das ist 2004 passiert und elf Jahre lang, also bis 2015, wurde das auch so gehalten in Graz, 2015 wurde das Kopfverbot sogar noch verschärft und auch auf die Holding ausgedehnt, bis 2017 also die ÖVP-FPÖ-Koalition quasi dieses Grazer Kopfverbot als nicht notwendig wieder beseitigte. Das bereitete den vergangenen Regierungen natürlich auch die Möglichkeit, sich selbst über steuerfinanzierte Veröffentlichungen zu präsentieren, ohne dazu das eigene Werbebudget aus der Partei oder der Klubförderung angreifen zu müssen, das ist ja nicht ganz unpraktisch. Im Frühjahr letzten Jahres haben diese Praktiken den Höhepunkt erreicht. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, da gab es ein Acht-Seiten-Inserat über die Holding und zwar im Kurier. Da nahm man einfach 70.000 Euro an Steuergeldern in die Hand und hat damit die Stadtspitze in Szene setzen können. Das haben wir kritisiert, das haben aber auch andere im Gemeinderat vertretene Parteien kritisiert. Damit künftig entgeltliche Veröffentlichungen der Stadt Graz tatsächlich den GrazerInnen zugutekommen, indem es tatsächlich einen informativen Mehrwert bringt, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Richtlinie für Öffentlichkeitsarbeit überarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen. Diese müsse zumindest ein Verbot von Abbildungen der „obersten Organe“ wie z.B. BürgermeisterIn und Mitglieder des Stadtsenats beinhalten, die verbindlich auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen anzuwenden ist.
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, analog zu Punkt 1, dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorzulegen, welches dieses Verbot von Abbildungen der „obersten Organe“ auf alle bezahlten Inserate und

Werbeeinschaltungen auch für die gesamten Beteiligungen der Stadt Graz erwirkt.

Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Transparenz und auch in Richtung Gerechtigkeit und ich ersuche Sie um Annahme dieses dringlichen Antrages.

Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das „Kopfverbot“ besagt laut Medientransparenzgesetz, dass in entgeltlichen Veröffentlichungen nicht auf „oberste Organe der Verwaltung“ gem. Art. 19 B-VG „hingewiesen“ werden darf. Es betrifft den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, die Bundesminister und Staatssekretäre sowie die Mitglieder der Landesregierungen und umschließt insbesondere ein Verbot der Abbildung der Genannten in entgeltlichen Veröffentlichungen. KommunalpolitikerInnen, auch wenn diese die obersten Organe der Stadt bzw. der Gemeinde innehaben, stehen dagegen nicht unter diesem „Kopfverbot“ im Sinne des Medientransparenzgesetzes.

In der Stadt Graz wurde im Jahr 2004 eine entsprechende Richtlinienerweiterung für ein Verbot der Abbildung von PolitikerInnen bei Gebrauch öffentlicher Gelder beschlossen, die 2015 sogar noch verschärft und auf die Holding ausgedehnt wurde. Mit der VP-FP-Koalition wurde dieses Grazer „Kopfverbot“ im Jahr 2017 als nicht notwendig beseitigt. Daraufhin bediente sich die vergangene Stadtregierung ohne Zaudern und Zögern an dieser Möglichkeit, sich selbst und sein bzw. ihr Anliegen über die bezahlten Veröffentlichungen zu kommunizieren. Das eigene Werbebudget aus Parteien- und Klubförderung konnte mit dieser Möglichkeit geschont werden.

Die exzessive Nutzung von entgeltlichen Veröffentlichungen erreichte im heurigen Frühjahr ihren Höhepunkt, indem bei einem 8-seitigen Inserat von Holding und Stadt Graz 70.000 Euro an Steuergeldern in die Hand genommen wurden, nur damit sich die damalige Stadtspitze aus der Zeitung lächeln sehen kann. NEOS und auch andere im

Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien haben dieses Vorgehen stets kritisiert und im Rahmen ihrer Möglichkeiten thematisiert.

Damit solch ein Missbrauch öffentlicher Gelder und Ressourcen in Zukunft nicht mehr geschehen kann und ausschließlich der informative Mehrwert für die Grazer BürgerInnen bei entgeltlichen Veröffentlichungen der Stadt Graz im Vordergrund steht, stelle ich auch im Sinne eines zweckmäßigen Umgangs mit Grazer Steuergeldern gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Richtlinie für Öffentlichkeitsarbeit überarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen. Diese müsse zumindest ein Verbot von Abbildungen der „obersten Organe“ wie z.B. BürgermeisterIn und Mitglieder des Stadtsenats beinhalten, die verbindlich auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen anzuwenden ist.*
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, analog zu Punkt 1, dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorzulegen, welches dieses Verbot von Abbildungen der „obersten Organe“ auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen auch für die gesamten Beteiligungen der Stadt Graz erwirkt.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Sabine. Ich danke dir für diesen Antrag, denn er deckt sich mit unseren Vorstellungen. Als ÖVP und FPÖ das Kopfverbot aufgehoben haben, haben sowohl die KPÖ, die Grünen als auch die SPÖ dagegen gestimmt und in der Folge immer wieder Anträge gestellt, es wieder einzuführen. Logischerweise steht es auch so in unserem Koalitionsprogramm und dem Punkt 3, Schlagwort: Transparenz. Also ich zitiere wörtlich: „Wiedereinführung

des Verbotes von PolitikerInnenbewerbung in Inseraten städtischer Abteilungen bzw. städtischer Beteiligungen und Gesellschaften.“ Die ersten Gespräche diesbezüglich laufen schon, in Inseraten kommen keine Köpfe mehr vor, dies wird Ihnen schon aufgefallen sein. Ein entsprechendes Stück wird dem Gemeinderat schon bald vorliegen. Du siehst, es ist eigentlich nicht mehr dringlich, aber wir werden dennoch der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Sabine. Ich darf wieder einmal bei einem deiner Dringlichen reden. Es hat schon Tradition und ich finde es irgendwie auch schön. Ich bin mir nur nicht sicher, ob du es vielleicht dieses Mal auch schön findest, schauen wir einmal. Vielleicht anfangs einleitend dazu, liebe Sabine, wenn wir schon bei Werbeflächen sind, und die Kollegin Mohsenzada hat es auch schon gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob Dinge, die die Rathauskoalition eh schon angekündigt hat, wirklich noch einmal in den Gemeinderat einzubringen, wäre aus politischer Sicht, zumindest aus der Sicht meiner Fraktion, jetzt nicht unbedingt notwendig, um das noch einmal breitzutreten. Aber vielleicht zum Antrag selbst, ich möchte mich ganz kurzhalten. Du hast jetzt plakativ ein bis zwei Beispiele auch herausgesucht, Faktum ist, dass die Koalition der vergangenen Jahre das Kopftuch (*Gelächter im Saal, Appl. FPÖ*) ...

Entschuldigung Kopfverbot, Verzeihung.

Ich möchte mich wirklich entschuldigen, das Kopfverbot. Vor lauter Witzeln am Anfang, das passiert dann, Entschuldigung, das Kopfverbot, bis auf einige wenige Ausnahmen kaum ausgenutzt hat. Beim Kopfverbot, und das ist vielleicht für die Zuschauerinnen und Zuschauer zuhause interessant, geht es ja nicht darum, dass in den Veröffentlichungen der Stadt, wo wirklich auch darüber berichtet wird, so wie in der BIG z.B., was verschiedene Mitglieder der Stadtregierung umgesetzt haben, dort nicht mehr mitkommuniziert werden darf, wer dafür hauptverantwortlich sich gezeichnet hat, sondern es geht wirklich um die bezahlten Inserate, über Dinge, die

passiert sind, wo eben dann das Bild des jeweiligen Stadtregierungsmitgliedes nicht mehr dabei sein darf, vielleicht zur kleinen Aufklärung. Dadurch, dass wir das kaum ausgenutzt haben und eh auch schon die Koalition das angekündigt hat, dass sie das umsetzen wird, werden wir auch bei deinem Dringlichen mitstimmen. Und finde ich eigentlich ganz nett, dass wir auch einmal so eine Zustimmung bei einem deiner Dringlichen einmal kommunizieren dürfen. Dankeschön.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ganz kurzes Schlusswort. Super, Anna, dass du einmal bei einem Antrag, oder ihr, einmal bei einem Antrag mitgehen könnt mit mir. Das ist wirklich eine ganz neue und ungewohnte Situation hier. Und ich freue mich, dass der Antrag angenommen wird, und ich glaube, dass es auch wichtig ist für Graz. Vielen Danke, bin ganz happy. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.8 Revitalisierung der Burgruine Gösting (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich, dass wir, obwohl wir die einzig wirkliche Oppositionspartei sind, die Gräben schließen können mit unseren quasi Feel-Good-Anträgen, das freut mich. Frau Hopper, es sei Ihnen dann auch Ihr Ausrutscher im Eifer des Gefechtes wirklich gerne, gerne verziehen. Das war ein bisschen herablassend, wie Sie meine Kollegin behandelt

haben, aber auch das sei Ihnen verziehen. So war es halt. Jetzt geht es um einen quasi Feel-Good-Antrag, das ist die Revitalisierung Burgruine Gösting. Es steht aber schon was sehr Ernsthaftes, Transparentmäßiges, und auch in Zeiten des Budgetprovisoriums Wichtiges da drinnen, nämlich der sparsame Umgang und der zweckmäßige Umgang mit Steuergeld. Im vergangenen Sommer hat der damalige Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl von der ÖVP die Revitalisierung der Burgruine Gösting verkündet. Auf Basis eines Gutachtens wurde mit dem Eigentümer ein Pachtvertrag geschlossen, der einen monatlichen Pachtzins von kolportierten 3.000 Euro vorsieht. Das Vorhaben wurde in der Septembersitzung des Stadtsenates vorgestellt und demnach auch beschlossen. Die Stadt Graz bezahlt seit Oktober dieses Jahres also den Pachtzins, ohne ein klares Konzept zur Revitalisierung zu haben, und damit ist die Burgruine Gösting ganz in Gesellschaft von diesen Projekten der Stadt, bei denen es fragwürdige Vorgänge im Bereich des Projekt- und Liegenschaftsmanagements gibt. Das haben wir am Beispiel der Revitalisierung des Thalersee-Restaurants schon vor kurzem durch den Bericht des Bundesrechnungshofes aufgezeigt und vorgerechnet bekommen. Doch gerade in Zeiten einer Pandemie, wie gesagt, muss die Stadt ja Vorbild sein und vernünftig und professionell mit Steuergeldern umgehen und ihre Projekte abwickeln, sparsam, zweckmäßig, zielgerichtet. Wir haben Verantwortung gegenüber der Grazer Bevölkerung und den SteuerzahlerInnen, und welchen großen Stellenwert die kontrollierende Hand des Gemeinderates dabei besitzt, zeigt eben der schon erwähnte Bundesrechnungshofbericht. Damit nicht weiterhin ein sinnloser Pachtzins für diese Liegenschaft um die Burgruine Gösting bezahlt wird und die weiteren Entwicklungsschritte transparent und nachvollziehbar erfolgen können, stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Die zuständige Stelle der Stadt Graz möge das Gutachten, welches dem Pachtvertrag zwischen dem Eigentümer der Burgruine Gösting und der Stadt Graz zugrunde gelegt wurde, veröffentlichen.

- 2.) Die zuständige Stelle der Stadt Graz möge den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der Stadt Graz unter Einhaltung des Datenschutzes die Einsicht des Pachtvertrags zwischen dem Eigentümer der Burgruine Gösting und der Stadt Graz gewähren.
- 3.) Die zuständige Stelle möge dem Gemeinderat ehestmöglich ein Konzept zur Revitalisierung der Burgruine Gösting auf Basis eines BürgerInnenbeteiligungsprozesses zur Beschlussfassung vorlegen.

Ich bitte Annahme des Antrages.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im vergangenen Sommer hat der damalige Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl von der ÖVP die Revitalisierung der Burgruine Gösting verkündet. Auf Basis eines Gutachtens wurde mit dem Eigentümer ein Pachtvertrag geschlossen, der einen monatlichen Pachtzins von kolportierten 3.000 Euro vorsieht.¹

Das Vorhaben wurde in der September-Sitzung des Stadtsenats vorgestellt und demnach auch beschlossen. Die Stadt Graz bezahlt seit Oktober dieses Jahr also den Pachtzins, ohne ein klares Konzept zur Revitalisierung zu haben.²

Damit gesellt sich die Burgruine Gösting zu jenen Projekten der Stadt, bei denen es fragwürdige Vorgänge im Bereich des Projekt- und Liegenschaftsmanagements gibt, wie sie am Beispiel der Revitalisierung des Thalersee-Restaurants schon vor kurzem durch den Bericht des Bundesrechnungshofs aufgezeigt wurden.³

¹ <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6026481/40000-Euro-Pacht-pro-Jahr-So-will-die-Stadt-Graz-die-Burgruine>

² https://www.graz.at/cms/beitrag/10376638/8497745/Aktuelles_aus_dem_Stadtsenat.html

³ https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/news_2/Liegenschaftsmanagement_der_Stadt_Graz.html

Doch gerade in Zeiten einer Pandemie muss die Stadt Vorbild sein und vernünftig, professionell und zielgerichtet ihre Projekte abwickeln. Auch steht die Stadt in der Verantwortung gegenüber der Grazer Bevölkerung und den SteuerzahlerInnen.

Welchen großen Stellenwert die kontrollierende Hand des Gemeinderates dabei besitzt, zeigte nicht zuletzt der schon erwähnte Bundesrechnungshofbericht.

Damit nicht weiterhin ein sinnloser Pachtzins für die Liegenschaft um die Burgruine Gösting bezahlt wird und die weiteren Entwicklungsschritte transparent und nachvollziehbar erfolgen können, stelle ich folgenden dringlichen Antrag.

dringlichen Antrag:

- 1.) Die zuständige Stelle der Stadt Graz möge das Gutachten, welches dem Pachtvertrag zwischen dem Eigentümer der Burgruine Gösting und der Stadt Graz zugrunde gelegt wurde, veröffentlichen.*
- 2.) Die zuständige Stelle der Stadt Graz möge den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der Stadt Graz unter Einhaltung des Datenschutzes die Einsicht des Pachtvertrags zwischen dem Eigentümer der Burgruine Gösting und der Stadt Graz gewähren.*
- 3.) Die zuständige Stelle möge dem Gemeinderat ehestmöglich ein Konzept zur Revitalisierung der Burgruine Gösting auf Basis eines BürgerInnenbeteiligungsprozesses zur Beschlussfassung vorlegen.*

GR Dr. **Hackenberger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich mir die Themen, die bei den letzten Anfragen im Zentrum standen, vor Augen führe, dann muss ich zugestehen, dass wir hier eher über ein kleines Thema sprechen. Also es wäre vielleicht besser gewesen, das an erste Stelle zu setzen. Aber nichtsdestotrotz danke ich dem Herrn Kollegen Pointner für diese Initiative, weil es

unzweifelhaft wichtig ist, was im Gebiet der Ruine Gösting denn passieren wird. Allerdings wissen wir, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen der Stadt Graz und dem Eigentümer erst im Oktober 2021 passiert ist, das heißt, in der Zwischenzeit, zwischen Gemeinderatswahl und Statuierung der Stadtregierung bzw. des Gemeinderates. Nun ist bekannt und für jeden Grazer und jede Grazerin ganz offensichtlich, dass es eines neuen Konzeptes für das Gebiet der Ruine Gösting bedarf, dringend bedarf. Und dass die Umsetzung eines solchen Konzeptes naturgemäß ganz erhebliche Mittel verschlingen wird, mit denen wir als Stadt sorgsam umzugehen haben. Ich sage das deswegen, weil das Verhältnis zwischen der wahrscheinlich in die Hand zu nehmenden Investitionssumme und den 3.000 Euro monatlich mir doch etwas außer Verhältnis zu sein scheint. Die nötigen Schritte für ein Konzept und die Revitalisierung der Ruine Gösting sind bereits eingeleitet worden, und das Projekt wird naturgemäß nach Abschluss der entsprechenden Planungsschritte dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Jeder und jede, die jemals ein Bauvorhaben, meistens wahrscheinlich ein Einfamilienhaus, in Angriff genommen hat, weiß, dass eine sorgfältige Planung das Ein und Alles ist und dass eine sparsame Verwendung von Mitteln jedenfalls die Planung voraussetzt, dafür braucht es ein gewisses Maß an Zeit. Eine Dringlichkeit könnte aus unserer Sicht daher wohl erst dann vorliegen, wenn die Erstellung des Konzeptes offensichtlich zu lang dauert, wovon im Augenblick wohl ganz und gar keine Rede sein kann. Der dringliche Antrag spricht in diesem Zusammenhang von fragwürdigen Vorgängen, ohne auch nur irgendwie zu erläutern, was damit gemeint sein könnte. Insoweit die Anfrage auf einen Zeitungsartikel in der Zeitung verweist, wo angeblich von einem Gutachten die Rede ist, habe ich das nicht ganz verstehen können, weil ich habe in dem Artikel nachgelesen, und von einem Gutachten war nicht die Rede, lediglich von Verhandlungen zwischen Stadt Graz und dem Eigentümer. Ich muss noch abschließend eine Gegenfrage stellen, nämlich, ob Anstrengungen unternommen worden sind, dass man bei der Immobilienabteilung in diesem Pachtvertrag Einsicht nehmen kann, denn besondere schützenswerte persönliche Daten sind in diesem Pachtvertrag ganz bestimmt nicht enthalten, denn jedermann, der einen Computer hat, kann heute in die Rechtsdatenbank bzw. in die

Grundbuchsdatenbank Einsicht nehmen. Und das, was im Pachtvertrag wahrscheinlich stehen wird, nämlich das Geburtsdatum und der Wohnort des Eigentümers des Areals, das können Sie aus dem Grundbuch jederzeit auslesen. Daher können wir diesem Antrag keine Dringlichkeit zuerkennen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Alic:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller. Kaum geht es um dicke Mauern, muss ich schon etwas sagen, obwohl ich glaube, dass in dem Haus ganz andere Leute für Burgen und Bollwerke zuständig sind. Aber, Kollege Winter, so wie du ein Freund der klaren Worte bis, keine Angst, ich bin ein Freund der kurzen Worte und bin gleich wieder weg. Anmerken möchte ich noch, weil genau hier heute schon gesagt worden ist und irgendwie Fremd- oder Mehrsprachigkeit als Makel genannt wurde, möchte ich sagen, dass der Name Gösting aus dem Slawischen kommt und so viel wie Herberge bedeutet. Der Antrag ist ein ausgesprochen wichtiger, das möchte ich auch gleich sagen, weil nämlich die Burgruine als Ausflugsziel für die Grazer etwas sehr Wichtiges ist, gerade in Corona-Zeiten, werter Antragsteller, noch wichtiger geworden ist, und jetzt aber schon seit geraumer Zeit gesperrt ist. Es ist allerdings bei der Revitalisierung, die Herangehensweise sollte ausgesprochen sensibel sein, beim Errichten. Der Burgverein, der in dem Antrag nicht erwähnt wird, der hat schon seit Jahrzehnten sich mit der Materie, und zwar nicht nur im Sinne von Bausubstanz, sondern insgesamt mit dem Thema sehr, sehr selbstlos und kompetent beschäftigt. Da finde ich eine Einbindung des Burgvereines sehr wichtig. Ich finde nach wie vor wichtig, dass man hier nicht irgendwie die Kräfte frei spielen lässt und auf einmal oben eine Eventhütte gemacht wird mit Glas, Glimmer und Glitzer, das brauchen wir nicht, sondern es soll das so ähnlich zumindest bleiben, wie es bisher war unter der Familie Michalatsch. Mit ein bisschen mehr Luxus vielleicht für die Leute, die dort die Taverne betreiben, aber es soll letztendlich die gemütliche und verträumte Burg sein, die es bisher war und da bedarf es eben einer gemütlichen Herangehensweise. Es sind, wie der Vorredner schon

gesagt hat, wichtige Vorarbeiten schon eingeleitet bzw. abgeschlossen, und deswegen können wir der Dringlichkeit hier nicht zustimmen, so wichtig der Antrag auch ist.

Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Also jetzt muss ich dann doch einmal etwas dazu sagen, weil da reden lauter Leute Dinge, die alle miteinander vielleicht nicht ganz die umfassende Hintergrundbeleuchtung geben dem Thema, die es eigentlich braucht. Herr Pointner, ich schätze das ja sehr, wenn Sie für die Neos da gewissermaßen so eine Art mahnenden Kämpfer für die Ruine Gösting spielen. Ich würde Sie allerdings bitten, dann, wenn Sie dieses Thema aufgreifen wollen, Denkmalschutz, dass wir dann ein bisschen weiter und breiter denken. Weil das Problem bei der Ruine Gösting, wie im Übrigen auch beim Girardihaus, ist ja eigentlich folgendes: Durch eine sehr strenge Gesetzgebung, die den Eigentümer eines Objektes nicht zwingt, dieses Objekt tatsächlich tunlichst zu erhalten, ihn aber gleichzeitig behindert, allenfalls etwas Eigenes zu machen, Stichwort: Girardihaus, führt das dazu, dass im Grunde genommen Objekte verfallen. Und das wiederum führt dazu, dass die öffentliche Hand erpressbar wird, denn es ist klar, bei der Ruine Gösting war es ungefähr die letzten zehn Jahre der Fall, dass jedes Jahr einmal oder zweimal in irgendeiner Zeitung eine Geschichte gekommen ist: Da ist schon wieder ein Ziegel runtergefallen und es muss doch endlich, endlich die öffentliche Hand die Ruine sanieren. Und das ist das eigentliche Grundproblem. Das heißt, man müsste sich eigentlich überlegen, ob tatsächlich der Denkmalschutz in der Weise, wie wir ihn haben, nicht eigentlich zu Lasten der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen geht. Denn, liebe Damen und Herren und auch jene die draußen am Computer sitzen und dieser Sitzung zu dieser Stunde immer noch folgen, in Wahrheit ist es halt so, dass wir alle das zahlen. Also die Ruine Gösting gehört jemand Privatem, wir bezahlen ihm einen Pachtschilling, wir würden die Ruine natürlich gerne gekauft haben, ich habe sie selbst verhandelt, aber natürlich war die nicht zu kaufen. Das heißt, wir dürfen sie nicht erwerben, wir müssen sie aber jetzt

sanieren, weil natürlich ein öffentlicher Druck entstanden ist, ja, Herr Bürgermeister, Herr Bürgermeister, und das werden Sie auch noch erleben, liebe Frau Bürgermeisterin, dass dann irgendwann der Druck immer größer wird und man sagt, ja, das kann man doch nicht verfallen lassen, das muss man doch sichern. Also ich möchte nur diesen Aspekt vielleicht zusätzlich einbringen in diese Diskussion, die jetzt eher zu einer Fachdiskussion wird, die ich auch durchaus schätze. Denn eigentlich müsste man so weit gehen, um zu sagen, ok, gut, der Eigentümer bekommt eine Auflage, er muss diese Sache so herstellen, dass sie saniert ist oder sie wird ihm enteignet. Das wäre durchaus denkbar, denn ansonsten ist der Denkmalschutz ein wirklich zahnloses Instrument, denn in Wahrheit führt der Denkmalschutz paradoxerweise dazu, dass Gebäude verfallen lassen werden, und das ist das eigentliche Problem. Zum konkreten Thema, ob man jetzt den Pachtvertrag herzeigen darf, ich glaube das nicht. Also ehrlich gesagt, Herr Hackenberger, da bin ich jetzt nicht ganz überzeugt davon, dass man einfach so, nur weil etwas öffentlich irgendwann in einer Gemeinderatssitzung beschlossen wurde, dass das deswegen Allgemeingut ist. Also es ist nun einmal so, dass der Datenschutz ein sehr hohes Gut bei uns ist, deswegen natürlich ein Verhandlungsergebnis, das wir beschlossen haben, das wir vermutlich in einer nicht öffentlichen Stadtsenats- oder einer nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung abgehandelt haben, dass man so ein Vertragswerk dann halt leider nicht herausgeben kann. Aber Sie können sich darauf verlassen, wir haben selbstverständlich Gutachten eingeholt, wir haben selbstverständlich Berechnungen angestellt, was z.B. die Stromzuleitung, die Kanalisation und die Wasserzuleitung kosten würde, denn dort gibt es bisher nicht einmal fließendes Wasser. Und Sie können mir glauben, und Sie können auch der Abteilung für Immobilien glauben, wir haben das alles bedacht und bestmöglich verhandelt. Also da hier jetzt künstlich irgendwelche Unregelmäßigkeiten herbeizuzaubern, Herr Pointner, bitte lassen Sie das bleiben, das ist wirklich völlig unangebracht, aber Sie können es jetzt als Stadtrechnungshofvorsitzender im Kontrollausschuss dann auch noch überprüfen lassen (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Ein kurzes Schlusswort zur Dringlichkeit schon, es geht um den Zeitenlauf. Wann fange ich an zu pachten? Wenn ich schon einen Plan habe, oder pachte ich zuerst und erstelle dann den Plan? Deshalb die Dringlichkeit. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Vielen Dank. Wir sind jetzt mit den dringlichen Anträgen fertig und kommen jetzt zum nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatsitzung. Ich darf alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen, die nicht mit dem nicht öffentlichen Teil betraut sind, bitten, den Raum zu verlassen und mich gleichzeitig auch für ihr Dasein bedanken, und vor allem bei allen Zuseherinnen und Zusehern, sofern sie noch da sind. Ich danke Ihnen im Namen der gesamten Stadtregierung und des ganzen Gemeinderates für die Geduld und für die Dauer des Zusehens und wünsche Ihnen vor allem eines, nämlich schöne und besinnliche Weihnachtsfeiertage, dass Sie mit Ihren Liebsten und Ihren Familien gute Tage verbringen und vor allem ein friedliches und gesundes neues Jahr begehen. Alles Gute und danke fürs Zusehen (*Appl.*).